

OBS-Arbeitspapier 5

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
Internet: www.otto-brenner-stiftung.de
www.piraten-studie.de

Autoren:

Herbert Hönigsberger
E-Mail: herbert.hoenigsberger@nautilus-politikberatung.de

Sven Osterberg
E-Mail: sven.osterberg@nautilus-politikberatung.de

 **NAUTILUS POLITIKBERATUNG**

www.nautilus-politikberatung.de

Redaktion: Burkard Ruppert (OBS) und Julian Wenz (OBS)

Redaktionsschluss: 7. Mai 2013

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Inhalt

1.	Der Piratenwortschatz des Sozialdiskurses.....	2
2.	Die Grundstruktur des Sozialdiskurses: Begriffstypen und Subdiskurse	5
3.	Die soziale Frage in den Piratenprogrammen - Entwicklungen	8
4.	Der Sozialdiskurs der Piraten im Vergleich mit den Bundestagsparteien.....	12
5.	Piraten und Gewerkschaften	15
6.	Der Umgang mit Kernbegriffen des Gewerkschaftsdiskurses.....	17
6.1	Sozial	17
6.2	Betriebsrat	19
6.3	Mindestlohn.....	19
6.4	Mitbestimmung	20
6.5	Sozialstaat und Sozialpolitik.....	22
6.6	Hartz	23
7.	Das bedingungslose Grundeinkommen	24

Lesehilfe

Die Studie umfasst drei Teile, die getrennt voneinander auf der OBS-Webseite abgerufen werden können: Die Ergebnisdarstellung, die Analyse und eine kurze Einführung in die Methodologie. Im Anhang wird umfangreiches Tabellenmaterial präsentiert. Der erste Teil, die Ergebnisdarstellung, fasst die Resultate verschiedener Analyseschritte zusammen. Die Analyseschritte werden im zweiten Teil dargestellt und mit Auszügen aus dem Datenmaterial illustriert. Sie verdeutlichen, wie die Ergebnisse produziert wurden. Der dritte Teil zu Untersuchungsstrategie und Methodik vertieft den Einblick in die Arbeitsweise der Untersuchung. Im Anhang schließlich können die zugrunde liegenden Tabellen eingesehen und die Überlegungen im Detail nachvollzogen werden. Das Material lässt außerdem zahlreiche weitere Deutungen zu. Alle drei Teile sind für sich lesbar.

1. Der Piratenwortschatz des Sozialdiskurses

Basis der Untersuchung sind alle Nomina, die in dem der Untersuchung zugrunde liegenden Gesamtkorpus aus 29 Einzelkorpora der Piratenkommunikation (Foren, Mailinglisten, Webseiten und Programme)¹ mindestens zehnmal vorkommen. Bei dieser Häufigkeit der Verwendung eines Begriffs kann in aller Regel angenommen werden, dass er von mehr als einem Diskussionsteilnehmer benutzt wird, also ein Diskursbegriff ist.² Dabei handelt es sich um rund 42.500 Nomina.

Um den Wortschatz des Sozialdiskurses zu identifizieren, wurde er formal eingegrenzt. Sein Stoff - die soziale Frage, das Soziale und die Sozialpolitik im engeren Sinn - ist Gegenstand des Parlamentsdiskurses zur Sozialpolitik, der Tätigkeit der diversen Ministerien für Arbeit und Soziales, der Sozialpolitik der Parteien, der Arbeit der Sozialpartner, von Sozialverbänden, Kirchen, sozial orientierten zivilgesellschaftlichen Organisationen, der einschlägigen Wissenschaften und auch der Medien. Sie führen im Wesentlichen den Sozialdiskurs. Er verhandelt die Materie, die zu den Tätigkeitsbereichen der genannten Akteure zählen.³

Der Wortschatz der Piraten, den sie in ihrem Sozialdiskurs verwenden, wurde in mehreren Schritten ermittelt. Einen ersten Ausgangspunkt bildete der sozialpolitische Wortschatz in den aktuell gültigen Grundsatzprogrammen der im Bundestag vertretenen Parteien sowie der Piraten.⁴ Einbezogen wurden die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2009 sowie die aktuellen Grundsatzprogramme. In den jeweiligen Kapiteln zu Arbeit und Soziales wurden Begriffe des sozialpolitischen Diskurses im engeren Sinne von Begriffen des allgemeinen politischen Diskurses unterschieden. Aufgenommen wurden Begriffe, von denen anzunehmen ist, dass sie ausschließlich oder überwiegend nur im sozialpolitischen Zusammenhängen verwendet werden, ausgeschlossen wurden Begriffe, die im allgemeinen politischen Diskurs respektive in zahlreichen verschiedenen politischen Diskursen Verwendung finden. Es wurden alle Begriffe mit sozialpolitischem Bezug extrahiert, auch wenn sie nur einmal in einem Programm vorkamen. Auf diese Weise wurden insgesamt ca. 1.200 Sozialdiskursbegriffe aus insgesamt knapp 14.500 Nomina der einbezogenen Programme gewonnen. Diese ca. 1.200 Begriffe machen 8,3 Prozent des programmatischen Wortschatzes der Bundestagsparteien und der Piraten aus. Damit ist auch eine Relation gewonnen, die sich als quantitativer Indikator für die Relevanz des

¹ Für eine Übersicht der Korpora siehe „Die Materialbasis: Der gesamte Textkorpus, Teilkorpora und Einzelkorpora“ in Teil 1, S. 5. Die Liste befindet sich im Methodenteil. Für den Umfang der Korpora, Zahl der Users etc. siehe Tabelle 2 im Anhang.

² Eine sachlich durchaus sinnvolle Eingrenzung des Begriffsmaterials der Untersuchung auf alle Begriffe, die von mehr als einer Person oder mindestens drei Personen in einem diskursiven Kontext benutzt werden, hätte den Untersuchungsrahmen gesprengt. Die Eingrenzung auf Begriffe, die mindestens zehnmal benutzt werden, ist eine begründbare und bewährte Hilfskonstruktion.

³ Auf eine inhaltliche Fassung der sozialen Frage, beispielsweise durch Rückgriff auf historische Reminiszenzen, wurde aus untersuchungspraktischen Gründen verzichtet. Um den umfangreichen Gegenstand aufzubereiten, wurden weitere untersuchungspraktische und pragmatische Eingrenzungen vorgenommen. So blieben beispielsweise die Politikbereiche Bildung und Frauen ausgeblendet, in denen soziale Aspekte eine wichtige Rolle spielen und die als Teil einer weit gefassten sozialen Frage gelten können. Die Frauenpolitik ist bei den Piraten ohnehin bekanntlich und erklärtermaßen ein randständiger, allerdings strittiger Politiksektor. Die Bildungspolitik wiederum ist ein bereits vergleichsweise ausgearbeiteter Politikbereich, der wiederum zahlreiche Aspekte enthält, die über die soziale Frage hinausweisen.

⁴ Die Wahl fiel auf die Parteien, da anhand ihrer Programme sich ein sozialpolitischer Grundwortschatz am leichtesten identifizieren lässt. In der „Kommunikationsstudie zur Stärkung der Sozialpartnerschaft in Brandenburg“ (Potsdam 2012) haben wir den Gebrauch eines Begriffs des Sozialdiskurses – Sozialpartnerschaft - in einer Region untersucht. In der Studie „Sozialdiskurs in Deutschland“ (Berlin 2009) für den seinerzeitigen Bundesminister für Arbeit und Soziales Olaf Scholz haben wir auf Basis verschiedener Korpora (Parlament, Minister, Verbände, Kirchen etc.) ebenfalls einen Grundstock des deutschen Sozialdiskurses ermittelt. Ein Vergleich zwischen Wortschatz und Sprachgebrauch, der in diesen Studien vorgenommen wurde, zeigt, dass sich gestützt auf die Partei- und Wahlprogramme ein sozialpolitischer Grundwortschatz angemessen rekonstruieren lässt.

Sozialdiskurses bei den Piraten heranziehen lässt. Die 1.200 Begriffe der Programme bilden den sozialpolitischen Grundwortschatz. Er kann als der Grundstock des sozialpolitischen Diskurses respektive des Diskurses über die soziale Frage in Deutschland gelten. Dieser Grundstock von ca. 1.200 Begriffen wird auch im untersuchten Wortschatz der Piraten benutzt. Damit bestätigt sich auch, dass es sich um einen Basiswortschatz handelt, denn die Begriffe werden im Piratendiskurs mindestens zehnmals benutzt.

In einem weiteren Schritt wurden alle 42.500 Begriffe, die im Piratendiskurs der untersuchten Foren vorkommen, daraufhin überprüft, ob sie weitere Komposita der Grundbegriffe des programmatischen Wortschatzes enthalten. Überprüft wurden insgesamt an die 50 Wortstämme, insbesondere *Alter, Arm, Arbeit, Behindert, Beschäftigung, Beteiligung, Beruf, Betrieb, Bürger, Chance, Diskriminierung, Einkommen, Eigentum, Erwerb, Existenz, Fachkräfte, Freiheit, Gerech, Gewerkschaft, Gleichheit, Grundeinkommen, Grundsicherung, Hilfe, Jugend, Kind, Leben, Leistung, Lohn, Miete, Mitbestimmung, Not, Partizipation, Pflege, Reich, Rente, Solidar, Sozial, Tarif, Teilhabe, Teilzeit, Verdienst, Vermögen, Verteilung, Wohl, Zugang*. Die ersten 2.000 Begriffe des untersuchten Piratenwortschatzes wurden schließlich nochmals darauf geprüft, ob bei den ersten Prüfungsschritten relevante Begriffe unberücksichtigt blieben. Erfasst wurden so sozialpolitische Begriffe, die in den Programmen nicht benutzt werden, aber eindeutig dem sozialpolitischen Diskurs zuzurechnen sind. Auf diesen Wegen wurden weitere 450 Begriffe identifiziert, die die Piraten im Sozialdiskurs der untersuchten Foren, Mailinglisten und in ihren Programmen benutzen. Diese ca. 1.650 Begriffe machen an die vier Prozent der 42.500 Nomina des untersuchten Piratenwortschatzes aus. Sie bilden den Kern des Untersuchungsgegenstands, den sozialpolitischen Wortschatz, mit dem die Piraten die soziale Frage verhandeln. Vor allem anhand der Verwendung dieser Nomina werden Charakteristika und Strukturen des Sozialdiskurses der Piraten entschlüsselt.

Tatsächlich ist der sozialpolitische Wortschatz erheblich größer. Hinzuzuzählen sind nicht nur auch alle Nomina, die weniger als zehnmals benutzt werden, sondern auch Verben und Adjektive.⁵ Allein die Untersuchung von acht Wortstämmen respektive neun Begriffen, von denen zu erwarten war, dass sich an ihrem Gebrauch insbesondere das Verhältnis der Piraten zu den Gewerkschaften und zu gewerkschaftlichen Fragen, festmachen lässt - *Betriebsrat, Gewerkschaften, Hartz, Mindestlohn, Mitbestimmung, Sozial* (Nomina und Adjektive), *Tarif* erbrachte an die 3.000 weitere Begriffe, die ein- bis neunmal benutzt werden. Eine kursorische Prüfung hat ergeben, dass es sich zum Einen um spezielle, technische Begriffe des sozialpolitischen Fach- und Expertendiskurses handelt, die im allgemeinen Gebrauch sind, aber eben nur in spezifischen fachlichen Zusammenhängen oder im Kontext sozialpolitischer Spezialfragen benutzt werden. Zum anderen handelt es sich um singuläre Begriffe, oft neue Wortschöpfungen, Komposita. Sie sind in den meisten Fällen nur im Piratendiskurs in Gebrauch, werden auch nur von ganz wenigen oder einzelnen Usern benutzt, oft von Außenseitern mit speziellen ideologischen Anliegen. Sie sind zwar eine Besonderheit des Piratendiskurses, aber sie prägen und bestimmen ihn nicht. Sie entscheiden nicht über den Charakter des sozialpolitischen Diskurses der Piraten.

Unter den ersten 1.000 (von 42.500) und damit wichtigsten Begriffen, die die Piraten in den Diskursen der untersuchten Foren und Texte zehnmals und mehr benutzen, sind 82 spezielle Begriffe des sozialpolitischen Diskurses (Tabelle 2, Schaubild 1 Anhang). Daraus kann der Schluss gezogen werden,

⁵ Darauf musste aus arbeitsökonomischen Gründen verzichtet werden. Grundsätzlich lassen sich im Deutschen wesentliche Charakteristika eines Diskurses anhand der Nomina identifizieren.

dass mindestens zehn Prozent des Piratendiskurses sozialen und sozialpolitischen Fragen gewidmet sind. Diese 82 Begriffe unter den TOP-1000-Begriffen des Piratendiskurses können als der Kern der Begrifflichkeit des Sozialdiskurses der Piraten gelten. Sie geben einen ersten Aufschluss über seine Charakteristika. Die ersten 100 Begriffe des Sozialdiskurses der Piraten finden sich unter den ersten 1.300 Begriffen des gesamten Piratendiskurses.

Die Identifizierung des Kernwortschatzes der sozialpolitischen Begriffe unter den 1.000 häufigsten Begriffen des Gesamtkorpus respektive mittels der 100 häufigsten sozialpolitischen Begriffe führt allerdings zu gewissen Verzerrungen. Der riesige Teilkorpus der öffentlichen Kommunikation, der die beiden großen öffentlichen Foren zusammen führt, dominiert mit ca. 67.000 Begriffen (Tabelle 1 im Anhang) das Gesamtbild, der Korpus der offiziellen öffentlichen Kommunikation der Piraten ist dagegen mit knapp 15.000 Nomina verhältnismäßig klein. Der sozialpolitische Kernwortschatz wurde deshalb noch auf einem zweiten Weg identifiziert. In allen Teilkorpora wurden die zehn wichtigsten Begriffe (TOP 10) extrahiert und nach der Häufigkeit ihres Vorkommens in den einzelnen Korpora sowie nach der Häufigkeit ihres Vorkommens als Leitbegriffe auf den Rängen 1 bis 3 (TOP 3) geordnet (Tabellen 3 bis 8 im Anhang). Damit wird auch die völlig unterschiedliche Größe der Teilkorpora in Rechnung gestellt. Mittels dieser Zusammenstellung wurden 74 Begriffe identifiziert, die mindestens einmal unter den TOP 10 eines Teilkorpus auftauchen (Tabelle 9 und 10 im Anhang). Ein Abgleich mit den TOP 100 (Tabelle 2 im Anhang) führt dann zu 36 Begriffen des sozialpolitischen Diskurs, die sowohl in der TOP-100-Liste des Gesamtkorpus als auch in der TOP-10-Liste der Einzelkorpora vorkommen (Tabelle 11). Sie können als der innere Kern, als Kern des Kerns der sozialpolitischen Diskursbegriffe der Piraten gelten.

Tabelle 11: Der innere Kern der sozialpolitischen Diskursbegriffe

	R	Gesamt	Begriff		R	Gesamt	Begriff
1.	3	73052	BGE	19.	257	4579	Eigentum
2.	12	38385	Arbeit	20.	289	4245	Existenz
3.	19	28227	Einkommen	21.	296	4175	Gerechtigkeit
4.	24	22460	Grundeinkommen	22.	307	4024	Alter
5.	32	19308	Unternehmen	23.	376	3404	Teilhabe
6.	41	16204	Freiheit	24.	382	3370	Betrieb
7.	57	13389	Lohn	25.	401	3283	Zugang
8.	60	12631	Leistung	26.	408	3222	Beruf
9.	74	10677	Arbeitnehmer	27.	516	2561	Verteilung
10.	103	8634	Einkommensteuer	28.	639	2049	Beteiligung
11.	110	8448	Hartz	29.	640	2047	Abhängigkeit
12.	111	8420	Mindestlohn	30.	650	2017	Not
13.	113	8381	Rente	31.	721	1786	SGB
14.	147	6769	Arbeitgeber	32.	757	1691	Kindergarten
15.	148	6758	Chance	33.	852	1503	Diskriminierung
16.	209	5391	Hilfe	34.	921	1392	Beschäftigte
17.	224	5101	Mitarbeiter	35.	1163	1076	Pflege
18.	238	4926	Wohlstand	36.	1312	948	Sozialpolitik

Beide Pfade der Kernwortschatzkonstruktion führen zu identischen zentralen Begriffen des Sozialdiskurses der Piraten. Die 46 weiteren Begriffe aus der TOP-1000-Liste werden in aller Regel wesentlich häufiger benutzt, prägen also den Piratendiskurs stärker, als die restlichen 36 Begriffe der TOP-10-Korpora-Liste. Deshalb wird in der folgenden Analyse mit den Begriffen des erweiterten Kerns weiter gearbeitet, also mit den 82 Sozialdiskursbegriffen aus den TOP-1000-Nomina sowie mit den TOP-100-Sozialdiskursbegriffen.

2. Die Grundstruktur des Sozialdiskurses: Begriffstypen und Subdiskurse

Die 82 Begriffe⁶ des erweiterten Kerns des Sozialdiskurses lassen sich 13 Begriffstypen zuordnen, die auch den Kern verschiedener Diskursstränge ausmachen.⁷

Akteure, Adressaten und Klientele der Sozialpolitik

13 der 82 Kernbegriffe des Sozialdiskurses der Piraten sind Begriffe für Akteure, Adressaten und Klientele der Sozialpolitik. Darunter sind wie in vielen politischen Korpora die allgemeinen und unspezifizierten Begriffe *Mensch* (Rang 1) und *Bürger* (20). Der hohe Rang für den Begriff *Kind* (8) ist ein Hinweis auf die aus Piratensicht von sozialen Problemen besonders betroffenen Kinder. Acht Begriffe bezeichnen Kollektivakteure der Arbeitswelt – insbesondere die Sozialpartner – respektive Adressaten der Sozialpolitik: *Unternehmen* (32), *Arbeitnehmer* (74), *Arbeitgeber* (147), *Mitarbeiter* (224), *Arbeiter* (256), *Erwerbstätige* (819), *Beschäftigte* (921), *Gewerkschaft* (554), Problemgruppen der Arbeitswelt: *Arbeitslose* (285), dazu kommen noch die *Rentner* (355) als zentrale Klientengruppe.

Arbeit und Arbeitswelt

14 Begriffe umreißen den Diskurs über Arbeit und Arbeitswelt. 11 dieser Begriffe sind deskriptive Begriffe, die auch außerhalb der Piraten im allgemeinen Arbeitsweltdiskurs eine zentrale Rolle spielen: *Arbeit* (12), *Arbeitsplatz* (157), *Arbeit|Arbeiten* (316), *Betrieb* (382), *Beruf* (408), *Beschäftigung* (834), *Arbeitskraft* (395), *Arbeitsmarkt* (452), *Erwerbsarbeit* (677), *Arbeitszeit* (940), *Arbeitsleistung* (948). Die *Schwarzarbeit* (733) ist problematischer Gegenstand der Arbeitsmarktpolitik. Ihre Zunahme wird bei den Piraten beispielsweise von den Gegnern als problematische Folge des Grundeinkommens prognostiziert. Aus dem allgemeinen sozialpolitischen Diskurs fallen die beiden Begriffe *Ausbeutung* (884) und *Zwangsarbeit* (988) heraus. Ausbeutung spielt allenfalls bei der Linkspartei eine vergleichbar gewichtige Rolle. Im Piratendiskurs werden damit von einem Teil der Diskutanten,

⁶ Die Zahlen in Klammern in den folgenden Abschnitten bezeichnen die Ränge, die die Begriffe unter den TOP 1.000-Begriffen des gesamten untersuchten Piratenkorpus (42.400 Begriffe) einnehmen.

⁷ Einige Begriffe dieser Liste der 82 Kernbegriffe des Sozialdiskurses sind mehrdeutig und werden auch in anderen Kontexten gebraucht. Der an sich methodologisch sinnvolle Aufwand, bei jedem Begriff vor der endgültigen Festlegung seiner Häufigkeit und Rangordnung in der Liste sozialpolitischer Diskursbegriffe den Kontext der Verwendung zu prüfen, konnte in dieser Untersuchung nicht geleistet werden. Stattdessen wurde bei Begriffen, deren Mehrdeutigkeit besonders auffällig ist, mittels Zufallsstichproben zwischen 10 und 0,5 Prozent (je nach Häufigkeit des Begriffs) geprüft, in welchen Zusammenhängen sie mehrheitlich gebraucht werden. Bei besonders problematischen Begriffen wird darauf im Folgenden hingewiesen. Die zusammenfassende Schlussfolgerung aus diesem Prüfverfahren ist, dass sich bei einzelnen Begriffen Rangordnung und Häufigkeiten ändern, dies aber kaum Auswirkung auf die gesamte Struktur des sozialpolitischen Wortschatzes hat.

die eine kritische Haltung gegenüber der Arbeitswelt einnimmt, die Zwänge der Lohnarbeit akzentuiert.⁸

Sozialtransfers

Zehn Begriffe bezeichnen sozialstaatliche Transferleistungen: *Leistung* (60)⁹, *Hartz* (110), *Rente* (113), *ALG* (263), *Grundsicherung* (319), *Hartz4* (416), *Sozialleistung* (443), *Kindergeld* (530), *Sozialtransfer* (863), *Sozialhilfe* (915).

Soziale Schichtung

Fünf Begriffe – *Reich/Reiche/Reichen* (279), *Alter* (307), *Gleiche* (782), *Arm/Arme* (457), *Eigentümer* (936) – erschließen im sozialpolitischen Diskurs die Dimension der sozialen Schichtung. Gleichzeitig sind die *Reichen*, die *Armen* und die *Eigentümer* auch Akteure, respektive Klienten.

Normative Orientierung der Sozialpolitik

Neun normative bzw. normativ aufgeladene Begriffe – *Freiheit* (41), *Chance* (148), *Hilfe* (209), *Gerechtigkeit* (296), *Beteiligung* (639), *Abhängigkeit* (640), *Diskriminierung* (852), *Sozialausgleich* (907), *Solidarität* (911) – finden sich unter den TOP 1.000 Begriffen des Sozialdiskurs der Piraten. Zwei – *Gerechtigkeit* und *Solidarität* – sind auch zentrale Bestandteile des normativen Gerüsts der Gewerkschaften. Mit dem Begriff der *Hilfe* wird im Piratendiskurs häufig eine Erwartung an sozialstaatliches Handeln formuliert.¹⁰

Einkommenssituation

Fünf Begriffe thematisieren die Einkommenssituation. Zwei – *Lebensunterhalt* (895) und *Einkommen* (19) – sind allgemeine deskriptive Begriffe für Verhältnisse, die im Piratenkontext häufig als zu niedrig angesehen werden und zu sichern sind. *Lohn* (57) und *Mindestlohn* (111) sind beides bestimmte Begriffe für Arbeitseinkommen, die ebenfalls nicht ausschließlich deskriptiv benutzt werden, sondern in normativen Zusammenhängen, die die – zu geringe – Einkommenshöhe thematisieren. Der *Mindestlohn* wird insbesondere in den öffentlichen Foren und internen Diskussionszusammenhängen von der Mehrheit verlangt, was aber auch auf Widerstand stößt. *Vermögen* (162) wird in der Regel in kritischen Zusammenhängen der Einkommensverteilung thematisiert.

Soziale Problemlagen

Vier Begriffe – *Arbeitslosigkeit* (295), *Armut* (377), *Not* (650) und *Miete* (298) – werden benutzt, um soziale Problemlagen zu fassen. Während es sich bei *Armut*, *Arbeitslosigkeit* und *Not* um allgemeine Problembegriffe handelt, bezeichnet die *Miete* eine speziellere Problemsituation.

Verteilungsfrage

Vier Begriffe – *Umverteilung* (291), *Verteilung* (516), *Eigentum* (257) und *Reichtum* (599) – erschließen die Verteilungsdimension des Sozialdiskurses

⁸ Der Begriff wird auch in historischen Kontexten, beispielsweise in Diskursen über die NS-Vergangenheit benutzt. Die prominente Stellung des Begriffs folgt nicht allein aus dem Sozialdiskurs. Eine kontextbezogene Überprüfung der Begriffsverwendung und die Beschränkung auf die lohnarbeitsbezogene Verwendung würde den Begriff aus den TOP-1000-Begriffen verdrängen. Die Charakterisierung der Lohnarbeit als Zwangsarbeit ist aber ein Strang des Sozialdiskurses der Piraten.

⁹ Der Leistungsbegriff ist auch im Piratendiskurs mehrdeutig. Deshalb ist sein Rang im Sozialdiskurs im Sinne einer sozialstaatlichen Leistung tatsächlich niedriger. Die Prüfung einer Stichprobe ergab aber keine Hinweise, dass der bereinigte Begriff nicht mehr zum Kern des Sozialdiskurses gehört.

¹⁰ Der Begriff *Hilfe* verbleibt laut Prüfung seiner kontextbezogenen Verwendung mittels Stichprobe weiterhin unter den TOP 1.000, aber auf einem höheren Rang.

Sozialstaatliche Institutionen

Ebenfalls vier Begriffe bezeichnen die institutionelle Dimension der Sozialpolitik: *Sozialsystem* (441), *Rentenversicherung* (815), *Sozialstaat* (330), *Sozialversicherung* (729).

Sozialpolitische Zielsetzungen

Fünf Begriffe – Existenzminimum (218), Existenz (289), Wohlstand (236) sowie Teilhabe (376) und Zugang (401)¹¹ – thematisieren unterschiedliche Zieldimensionen des sozialpolitischen Diskurses. Existenzminimum und Wohlstand markieren die Pole materieller sozialpolitischer Zielsetzungen, die politischen Prozessbegriffe Teilhabe und Zugang stehen für die emanzipatorische Ebene.

Finanzierung des Sozialstaats

Drei Begriffe – die *Sozialabgabe* (592) und die beiden Begriffe *Einkommensteuer* (103)¹² und *Vermögenssteuer* (892) – werden im Kontext der Finanzierung des Sozialstaats benutzt.¹³

Das sozialpolitische Kernthema

Zwei Begriffe – *BGE* (3), *Grundeinkommen* (24) – umreißen das sozialpolitische Zentrum und Hauptanliegen der Piraten.

Fachbegriffe

Zwei Begriffe können als zentrale Fachbegriffe gelten, die im allgemeinen sozialpolitischen Diskurs ebenso häufig benutzt werden: *SGB* (721) und *Grundfreibetrag* (955).

Einrichtungen

Der *Kindergarten* (757) ist – entsprechend der zentralen Bedeutung der Kinder unter den Akteursbegriffen – auch die erste, andererseits die einzige Einrichtung der Sozialpolitik, die unter den TOP-1000-Begriffen des Piratendiskurses genannt wird.

BGE, der erste sachliche Begriff des sozialpolitischen Diskurses auf Rang 2 nach *Mensch*, wird in den untersuchten Korpora 73.053, der zweite – Arbeit – 38.385 mal benutzt, der 81. (Grundfreibetrag) und der 82. (Zwangsarbeit) immer noch 1.339 bzw. 1.294mal, der 100. (Sozialpolitik) noch knapp 100mal. Es handelt sich bei den 100 wichtigsten Begriffen bzw. den Begriffen unter den TOP 100 um genuine Diskursbegriffe. Jeder einzelne steht in einem sachlich-inhaltlichen Kontext, wird im Rahmen von Aussagen und Diskussionspassagen benutzt, die sowohl quantitativ wie qualitativ weiter untersucht werden können.

Die überwiegende Mehrheit dieser Begriffe sind trotz ihrer allgemeinen Gebräuchlichkeit stark aufgeladene Fahnenwörter und teilweise auch Kampfgriffe, um die die semantische Auseinandersetzung tobt. Sie sind – wie die normativen Begriffe und Grundwerte oder der Mindestlohn, die Verteilung des Reichtums, das Ausmaß der Armut etc. – bei den Piraten nicht weniger umstritten als in der Gesellschaft. Die meisten Kernbegriffe des Sozialdiskurses der Piraten sind auch Begriffe des programmatischen sozialpolitischen Diskurses der Parteien, kommen also mindestens in einem Wahl- oder

¹¹ Zugang meint bei den Piraten sehr oft den freien Zugang zum Internet. Dies hat aber ebenfalls eine starke soziale und sozialpolitische Dimension.

¹² Der Begriff taucht in der Schreibweise Einkommenssteuer noch einmal auf Rang 338 auf.

¹³ Ob diese beiden Begriffe aus den TOP 1.000 des sozialpolitischen Diskurses herausfallen würden, wenn alle Verwendungen in einem rein finanzpolitischen Zusammenhang eliminiert würden, konnte auch durch die Überprüfung mittels Stichprobe nicht geklärt werden.

Grundsatzprogramm vor. Die Piraten sprechen die Sprache des allgemeinen – durch den Sprachgebrauch der Parteiprogramme repräsentierten – sozialpolitischen Diskurses.

Die verschiedenen Begriffstypen konstituieren auch Teildiskurse des allgemeinen sozialpolitischen Diskurses. Von Rang und Anzahl der Begriffe eines Diskursstranges ist partiell auf das Gewicht dieses Diskursstranges zu schließen. Die Piraten führen Teildiskurse über soziale Problemlagen, sozialpolitische Zielsetzungen, die institutionelle Dimension des Sozialstaats, die Finanzierung von Sozialpolitik und Sozialstaat einerseits, die Höhe und Legitimität sozialstaatlicher Leistungen andererseits. Insbesondere führen sie einen breiten Arbeitsweltdiskurs mit Blick sowohl auf die organisierten Sozialpartner als auch hinsichtlich der Arbeitnehmer und Beschäftigten. Und alle Diskurse führen sie auf einer breiten normativen Grundlage.

Allerdings ist der Wortschatz des sozialpolitischen Diskurses in der offiziell-öffentlichen Kommunikation der Partei wesentlich weniger in Gebrauch als in den öffentlichen und internen Foren und Mailinglisten (Tabelle 2, Schaubilder 2 – 4 im Anhang). In der offiziellen Kommunikation finden sich nur 34 Begriffe des sozialpolitischen Wortschatzes unter den TOP 1.000. Nicht darunter sind beispielsweise solche *Fahnenwörter* wie *Arbeitslosigkeit* und *Arbeitslose*, *Arme* und *Armut*, *Gerechtigkeit*, *Ungerechtigkeit* und *Solidarität*, *Reichtum* und *Ausbeutung*. Sie werden zwar benutzt, gehören aber nicht zum Standardrepertoire. 14 Begriffe, darunter *Existenzminimum*, *Reiche*, *Umverteilung*, *Hartz 4*, *Zwangsarbeit* und *Erwerblose*, sind überhaupt nicht im offiziellen öffentlichen Sprachgebrauch.

Der offiziell-öffentliche Sprachgebrauch der Piraten in Programmen und Pressemitteilungen ist im Vergleich zu den Diskursen in den öffentlichen und internen Foren und Mailinglisten begrenzt. Er spiegelt den Stand der erreichten innerparteilichen Verständigung wieder. In den Programmen der Piraten werden nur 268 dieser Begriffe verwandt, das sind 16 Prozent des gesamten sozialpolitischen Wortschatzes der Piraten und 22 Prozent des programmatischen Wortschatzes zur sozialen Frage. Der Sozialdiskurs der Mitglieder der Piratenpartei und ihres Umfelds ist begrifflich wesentlich reichhaltiger als die offizielle sozialpolitische Kommunikation der Programme und Pressemitteilungen. Die Piraten diskutieren die soziale Frage respektive soziale und sozialpolitische Fragen intensiv und differenziert. Wiewohl sich das reichhaltige Material der Piratenkommunikation nur sukzessive, nach komplizierten Prozessen der Kompromissbildung mit vielen Windungen und Wendungen in Parteiprogrammen und dann entsprechend in den öffentlichen Verlautbarungen der Piratenpartei niederschlägt, liegt genügend Stoff für weitere programmatische Erweiterungen und Präzisierungen vor.

3. Die soziale Frage in den Piratenprogrammen - Entwicklungen

Seit dem ersten Grundsatzprogramm 2006 haben die Piraten ihre gesamte politische Programmatik erheblich erweitert. Das Grundsatzprogramm ist Jahr für Jahr länger geworden. 2006 umfasste es über 400 Begriffe, das Programm von 2012 weist knapp 1.300 Begriffe auf. In diesem Prozess der Programmerweiterung wurde die sozialpolitische Programmatik überproportional ausgebaut. Die Zahl der sozialpolitischen Begriffe hat sich kontinuierlich erhöht, der sozialpolitische Programmwortschatz hat sich von 14 auf 92 Begriffe fast versiebenfacht (Tabelle 12 im Anhang). Die 14 Begriffe *Bürger*, *Freiheit*, *Zugang*, *Mensch*, *Chance*, *Arbeit*, *Hilfe*, *Wohlstand*, *Eigentum*, *Beteiligung*, *Abhän-*

gigkeit, Not, Gleichstellung und *Wohlfahrt* waren seit jeher sozialpolitische Programmbegriffe. Sie sind der historische Grundstock der sozialpolitischen Programmatik der Piraten. 78 neue Begriffe sind im Lauf der Zeit hinzugekommen. Der Anteil der sozialpolitischen Programmbegriffe an den gesamten Programmbegriffen ist damit von ca. 3,5 auf 7,5 Prozent gestiegen, der Anteil der sozialpolitischen Begrifflichkeit hat sich mehr als verdoppelt. Den größten Schub der sozialpolitischen Programmentwicklung erfuhr das Programm 2012, in das gegenüber der 2011er-Version 33 neue Begriffe des Sozialdiskurses aufgenommen wurde. Ein großer Sprung fand auch vom Programm 2009 auf das von 2010 statt, als 30 neue Begriffe hinzukamen.

Destilliert man aus dem sozialpolitischen Wortschatz der Grundsatzprogramme die drei Leitbegriffe heraus, die drei Begriffe, die am häufigsten vorkommen (TOP 3), kristallisiert sich eine sloganfähige sozialpolitische Wertetriade heraus.¹⁴

2006: Freiheit, Zugang, Chance

2009: Zugang, Freiheit, Chance

2010: Freiheit, Zugang, Teilhabe

2011: Freiheit, Zugang, Teilhabe

2012: Freiheit, Zugang, Teilhabe

Die sozialpolitische Wertetriade der Grundsatzprogramme enthält von 2006 bis 2012 jeweils immer die Begriffe *Freiheit* und *Zugang*. Seit 2010 hat der Begriff der *Teilhabe* den der *Chance* als dritten Leitbegriff abgelöst. Die Konstanz der sozialpolitischen Wertetriade signalisiert programmatische Kontinuität, eine kontinuierliche programmatische Entwicklung, Entfaltung und Differenzierung.

Die Wahlprogramme im Bund und in den Ländern haben keinen fundamental konträren, aber doch etwas anderen Charakter. Im Bundestagswahlprogramm 2009 lautete die Triade der Leitbegriffe *Zugang, Freiheit, Arbeit*, aus den Programmen zu den Landtagswahlen lässt sich summa summarum dieselbe, nur anders hierarchisierte Triade *Zugang, Arbeit, Freiheit* herausdestillieren (Tabelle 13 Schaubild 5 im Anhang). Die einzelnen Programme zu den Landtagswahlen zeigen bei den TOP 3 ein heterogenes Bild (Tabelle 6 im Anhang). Die Landtagswahlprogramme setzen teilweise andere, eigene landesspezifische Schwerpunkte.

Je mehr Begriffe in den Blick genommen werden - nach den TOP 3 die TOP Ten, TOP 20, TOP 30 etc. - desto mehr Begriffe werden in den geltenden Programmen, dem Wahlprogramm von 2009, dem Grundsatzprogramm von 2011 und den Landtagswahlprogrammen auch gemeinsam genutzt. Auf der Ebene der Triade der Leitbegriffe weichen Grundsatzprogramme, Wahlprogramme in den Ländern und das Bundestagswahlprogramm voneinander ab. Die Kernbegriffe der verschiedenen Programme werden mehrheitlich gemeinsam und nur in unterschiedlicher Rangordnung benutzt, ein Indiz für unterschiedliche Prioritäten und eine unterschiedliche Gewichtung der verschiedenen Diskursstränge, für die die einzelnen Begriffe stehen. Die Piraten verfügen über eine vergleichsweise geschlossene sozialpolitische Programmatik bzw. eine gemeinsame sozialpolitische Grundintention.¹⁵ Je nach

¹⁴ Um das Bild zuzuspitzen, werden bei der Bildung der Leitbegriff-Triaden, die für die Piraten typisch sind, die allgemeinen und unspezifischen Akteurs- und Klientenbegriffe Mensch, Bürger, Kind nicht berücksichtigt. Diese Akteurs- und Klientenbegriffe stehen in aller Regel auch bei anderen Parteien an der Spitze, verweisen auf einen parteiübergreifenden Sprachgebrauch und sind deshalb für einen Vergleich unerheblich.

¹⁵ Teilweise werden auf Landesebene Formulierungen aus älteren eigenen Programmen (z.B. NRW), Programmen anderer Landesverbände oder aus der Bundesprogrammatik übernommen.

Programmtyp und je nach landesspezifischen Besonderheiten werden unterschiedliche Akzente gesetzt.

Allein 13 der neuen Begriffe, die in das Grundsatzprogramm von 2012 Eingang fanden, sind dem Feld der Rentenpolitik zuzuordnen. Neue Beschlusslage sind eine einheitliche Rentenkasse und eine allgemeine Rentenversicherungspflicht. Sieben neue Begriffe mit Arbeitsweltbezug – *Arbeitsbedingung*, *Arbeitsumfeld*, *Berufsgruppe*, *Dumpinglohn*, *Fachkräftemangel*, *Mindestlohn*, *Mitbestimmung* und *Mitbestimmungsrechte* – signalisieren eine programmatische Öffnung zur Arbeitswelt gegenüber der IT-Branche hinaus, die in der Kommunikation der Mitglieder und ihres Umfelds längst vollzogen worden ist. Bemerkenswert ist die Aufnahme des *Grundeinkommens*, des *Mindestlohns*, von *Mitbestimmung* und von *Mitbestimmungsrechten* sowie des normativen Begriffs der *Gerechtigkeit* in die jüngere Programmatik. Die programmatische Entwicklung signalisiert einen Trend. Die Analyse des Piratendiskurses lässt nicht erkennen, dass dieser Trend abbricht oder gar umgekehrt wird.

Wiewohl Teil des Markenkerns und parteipolitisches Alleinstellungsmerkmal bleiben die Aussagen zum Grundeinkommen allerdings denkbar knapp und verhältnismäßig unverbindlich. Die Piraten wollen sich *„dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen.“* Die Formel im Grundsatzprogramm 2012 trägt erkennbare Züge parteiinterner Kompromissbildung.¹⁶ Der Mindestlohn wird dort als *„Brückentechnologie“* zum Grundeinkommen bezeichnet. *„Um allen Menschen eine würdige Existenz und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen“* wollen sich die Piraten *„für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.“* Mittelfristig wollen sie *„jedoch mit dem ‚Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe‘ ein umfassenderes System zur allgemeinen, bedingungslosen Existenzsicherung etablieren.“* Der Begriff *„Mitbestimmungsmöglichkeit“* taucht erstmals bereits im Grundsatzprogramm von 2010 unter der Überschrift *Mehr Teilhabe* auf. Programmatisches Ziel ist, *„die direkten und indirekten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern“*. Ein weiteres Ziel ist die *„Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können“*. Unter der neuen Überschrift *Betriebliche Mitbestimmung* wird nun mit der Formel *„die existierenden Mitbestimmungsrechte für Angestellte verteidigen und wo nötig weiter ausbauen“* ein neues arbeitsweltbezogenes Ziel formuliert, wenngleich mit der merkwürdigen Einschränkung auf Angestellte. Die Aufnahme der Gerechtigkeit schließlich ist eine entscheidende Weiterung des normativen Grundgerüsts. *„Als Teil der transnationalen Piratenbewegung“* ist für die Piraten *„Gerechtigkeit in einem Land auf Kosten der Gerechtigkeit in einem anderen Land nicht akzeptabel.“* Und *„da Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit universelle Grundwerte sind“* wollen die Piraten *„über den nationalen Rahmen hinaus auf die Berücksichtigung dieser Werte hinwirken“*. Gerecht bedeutet dabei für die Piraten, *„dass die Rahmenbedingungen in Wirtschaft und Gesellschaft so gestaltet sind, dass sowohl eine Teilhabe als auch ein angemessenes Leben grundsätzlich gewährleistet werden“*. Damit haben die Piraten die Kontroverse in der Mitgliedschaft und ihrem Umfeld um den Begriff der Gerechtigkeit zu einem ersten programmatischen Abschluss gebracht und schließen näher zum fundamentalen gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdiskurs auf.

¹⁶ Der entsprechende Beschluss wurde auf dem Bundesparteitag in Offenbach Anfang Dezember 2011 mit knapper Zweidrittel-Mehrheit angenommen. Ein weiter gehender Beschluss hätte keine Mehrheit gefunden.

Im Gegensatz zu den Programmen sind die Leitbegriffe in den internen Foren-Diskursen *BGE, Grundeinkommen* und *Arbeit* und in den Diskursen der öffentlichen Foren *BGE, Arbeit* und *Einkommen* (Tabelle 2 im Anhang). In der offiziellen Kommunikation, in der alle Programme und die öffentlichen Äußerungen der Piraten in ihren Pressemitteilungen zusammengefasst sind, steht den beiden Leitbegriffs-Triaden der Foren die andere geartete Triade *Zugang, Freiheit, Arbeit* gegenüber, die sich mit den Leitbegriffs-Triaden der Wahlprogramme deckt.¹⁷ In ihrer internen Kommunikation und in ihren öffentlichen Foren präsentieren sich die Piraten gemessen an der Programmformel und trotz aller Kontroversen eindeutig und entschieden als Partei des Grundeinkommens. Mitglieder und Umfeld befassen sich intensiv mit dem Grundeinkommen, in den öffentlichen und internen Foren zählt es zu den drei Leitbegriffen. In der offiziellen Kommunikation gehört das Grundeinkommen zwar unter den TOP-30-Begriffen des Sozialdiskurses, taucht aber in der Gesamtheit der benutzten Nomina erst allerdings erst auf Rang 344 auf, während es in der öffentlichen und internen Kommunikation unter den TOP 3 rangiert. Der andere auffallende Leitbegriff ist *Arbeit*. Wie auch immer die Leitbegriffs-Triaden konstruiert werden, welche Korpora auch gruppiert werden, immer ist die *Arbeit* ein zentraler Leitbegriff, mit Ausnahme der Grundsatzprogramme. Der Arbeits- und Arbeitsweltdiskurs wird mit hoher Intensität geführt, schlägt aber programmatisch noch nicht soweit durch, dass *Arbeit* auch in den Grundsatzprogrammen zu einem Leitbegriff aufrückt. Immerhin ist der Begriff im Programm von 2012 bereits auf Rang 56 zu finden, während er in den Programmen zuvor zwischen Rang 131 (2006) und Rang 161 (2009) auftaucht.

Zwei sprachliche und damit auch politische Besonderheiten fallen im sozialpolitischen Piratendiskurs auf. Fünf Adjektive – *kostenlos* (58), *kostenfrei* (46) *unentgeltlich* (11) und *gebührenfrei* (6) umreißen ca. 120mal in den gelten Grundsatz- und letzten Wahlprogrammen einen entgeltfreien Zugang zum ÖPVN, den Hochschulen, Kindertagesstätten sowie weiteren öffentlichen Einrichtungen und Angeboten. Im gesamten untersuchten Piratenkorpus tauchen diese Begriffe zusammen ca. 6000mal auf.¹⁸ Damit ist programmatisch die Kostenfreiheits- bzw. Gebühren- und Entgeltfreiheitsdebatte in den Programmen weitaus massiver verankert als die Grundeinkommensdebatte, die zumindest in den untersuchten Foren eine wesentlich größere respektive dominierende Rolle spielt (BGE Nennungen, Grundeinkommen). In den Programmen wird das Grundeinkommen nur knapp eingeführt. Der Grundeinkommensdiskurs in den Foren und der breit entfaltete Forderungskatalog nach Kostenfreiheit in den Programmen sind zwei sozialpolitische Besonderheiten der Piraten.

22 der 92 sozialpolitischen Begriffe, die im Grundsatzprogramm stehen, sind in den Landtagswahlprogrammen nicht enthalten. Darunter sind insbesondere 10 Begriffe aus dem Feld der Rentenpolitik, die 2012 neu ins Grundsatzprogramm aufgenommen wurden (*Rentner, Rentenversicherung, Rentenkasse, Rentensystem, Altersarmut, Grundrente, Rentenbeitrag, Rentenpolitik, Rentenbezug, Mindestrente*) aber auch einige Arbeitsweltbegriffe (*Arbeitsumfeld, Arbeitsmigranten, Fachkräftemangel*). Die restlichen Begriffe entfallen auf verschiedene Begriffskategorien und Diskursstränge. Da die Rentenpolitik Bundessache ist, bewegt sich der sozialpolitische Programmdiskurs auf Landesebene annähernd auf dem Niveau der Bundesebene. Bemerkenswert ist allerdings beispielsweise, dass der normative Begriff der *Ungerechtigkeit* in keinem der Landtagswahlprogramme enthalten ist. Umge-

¹⁷ Diese Deckungsgleichheit bestätigt die Zusammenlegung der Programme und der offiziellen Kommunikation der Piratenpartei zu einem Korpus, die aus Gründen der Informationsbündelung vorgenommen wurde.

¹⁸ Bis auf die Gebührenfreiheit, die einmal benutzt wird, sind die Substantive in den Programmen nicht im Sprachgebrauch. Die Kostenfreiheit steht im gesamten Korpus der 42.500 Begriffe auf Rang 31.944 und wird gerade fünfmal gebraucht. Gebühren- und Entgeltfreiheit werden weniger als zehnmals benutzt.

kehrt war der Begriff der *Gerechtigkeit* in Landtagswahlprogrammen bereits enthalten, bevor er in das Grundsatzprogramm aufgenommen wurde.

Der diskursive Vorlauf der Rentenpolitik im Piratendiskurs, die Relation von gewichtiger Verankerung der Kostenfreiheit für öffentlich Angebote und Leistungen in der Programmatik und vergleichsweise – gemessen am Leitdiskurs zum Grundeinkommen – beschränkter Mitglieder- und Umfelddiskussion, schließlich die umkehrte Relation beim Grundeinkommen – ausgiebige Grundeinkommensdebatte und knappe Programmformulierung -, verdeutlichen ein Phänomen: Die transparente interne Kommunikation der Piraten und in ihren öffentliche Foren haben eine wesentliche Indikatorenfunktion für den Charakter der Partei und ihre sachlich-programmatische Perspektive. Die interne und die öffentliche Umfeld-Diskussion sind eine Art Frühindikatoren. Ihre systematische Wahrnehmung erspart Spekulationen auf begrenzter empirischer Grundlage.

4. Der Sozialdiskurs der Piraten im Vergleich mit den Bundestagsparteien

Die Intensivierung des sozialpolitischen Diskurses zeigt sich auch beim Vergleich der Piratenprogrammatik mit den Programmen der im Bundestag vertretenen Parteien (Tabellen 14 und 15, Schaubilder im Anhang). Auf Bundesebene sind die Piraten die Partei mit der sparsamsten Programmatik. Bei der Bundestagswahl 2009 machten sie – gemessen in Nomina – gerade mal ca. 700 Worte. Das Programm der Grünen war über siebenmal so umfangreich. Und das Programm der Linken - das am knappsten gehaltene nach den Piraten - enthielt auch noch über viermal so viel wie das Piratenprogramm. 26 sozialpolitische Programmbegriffe verwendet das Piratenprogramm, nicht einmal vier Prozent des gesamten programmatischen Wortschatzes. Bei der Linkspartei lag dieser Anteil fast bei 25, bei der SPD bei weit über zehn Prozent. Die äußerst knappe sozialpolitische Begrifflichkeit enthält aber schon den Keim des sozialpolitischen Programms der Piraten: Die *Freiheit* als zentralen Grundwert und die Fokussierung auf *Zugang*, *Teilhabe*, *Beteiligung*, *Partizipation* und *Zugangsmöglichkeiten* – fünf der 26 sozialpolitischen Begriffe fangen das Beteiligungsthema ein. Auf den Programmbegriff der *Zugangsmöglichkeit* haben die Piraten sogar den Alleinvertretungsanspruch. Sogar acht der benutzten Sozialdiskursbegriffe sind auch im 2009er Wahlprogramm Begriffe aus dem Subdiskurs zur Arbeitswelt (*Arbeitnehmer*, *Arbeit*, *Arbeitgeber*, *Arbeitnehmerdatenschutzgesetz*, *Arbeitsplatz*, *Arbeitsschutzgesetz*, *Leiharbeitsverhältnis*, *Verdienstmöglichkeit*) (Tabelle 14, Schaubilder 7 – 12 im Anhang)

Immerhin jeweils 22 der 26 Begriffe aus dem sozialpolitischen Sprachgebrauch des 2009er Wahlkampfprogramms der Piraten benutzen auch die Grünen und die Linke, die SPD 21, die CDU nur 17 und die FDP 19. Union und FDP benutzen beispielsweise die Begriffe *Arbeitnehmerdatenschutzgesetz*, *Leiharbeitsverhältnis* und *Verdienstmöglichkeit* nicht, die Union außerdem beispielsweise *Freiheitsrecht* nicht, die FDP nicht *Partizipation*. Eine größere sozialpolitische Nähe ist aus der größeren Übereinstimmung im Sprachgebrauch zwischen den Piraten und Rot-Grün nicht zu erschließen, wohl aber eine größere thematische Nähe.

Der Vergleich des Grundsatzprogramms der Piraten mit den gültigen Grundsatzprogrammen der Parteien zeigt: Die Situation hat sich verändert (Tabelle 15, Schaubilder 12 - 19 im Anhang). Die Pira-

ten machen mittlerweile mehr programmatische Worte und der Anteil des sozialpolitischen Wortschatzes wächst. Das umfangreichste Grundsatzprogramm, das der Grünen, ist nur noch knapp dreimal so umfangreich. Und das knappste nach den Piraten, das Programm der SPD, enthält nur ca. 300 Begriffe mehr. Mit knapp 1.300 Nomina operiert das Grundsatzprogramm der Piraten, 92 davon – 7,5 Prozent – sind Begriffe des sozialpolitischen Diskurses. Die Piraten liegen damit zwar immer noch unter dem durchschnittlichen Anteil des sozialpolitischen Vokabulars der Grundsatzprogramme, der bei knapp neun Prozent liegt. Aber dieser Anteil von 7,5 Prozent bewegt sich bereits im Bereich von CSU und FDP und ist sogar – wenn auch nur minimal - höher. Die Grundstruktur und das Grundgerüst haben sich gegenüber dem vier Jahre älteren Wahlprogramm nicht geändert. Aber die Programmatik wird stärker entfaltet und ausdifferenziert. Freiheit ist der zentrale Grundwert. *Zugang, Teilhabe, Beteiligung, Beteiligungsrecht, Partizipation* bilden das weitere normative programmatische Gerüst. Im Gegensatz zum Wahlprogramm ist auch von *Gerechtigkeit* (dreimal), *Gleichberechtigung, Gleichstellung* sowie *Ungerechtigkeit* und *Benachteiligung* die Rede. Neu sind die Begriffe *Mitbestimmung, Mitbestimmungsrecht* und *Mitwirkung*, die das Diskursfeld Beteiligung erweitert. Schließlich enthält das Grundsatzprogramm mindestens 15 Begriffe eines Arbeitsweltdiskurses: *Arbeit, Arbeitsplatz, Arbeitsbedingung, Arbeitsumfeld, Betrieb, Beruf, Beschäftigung, Unternehmen, Erwerb, Arbeitsmarkt, Arbeitsmigranten, Fachkräftemangel, Mindestlohn, Dumpinglohn, Ausbeutung*. Die größte Übereinstimmung bei der Begriffsverwendung gibt es mit den Grünen (65 Begriffe) und der Linken (63), die geringste mit der FDP (49).

37 sozialpolitische Programmbegriffe wurden identifiziert, die von allen Parteien verwendet werden. Dabei handelt es sich entweder um allgemeine Begriffe des Standardrepertoires wie die Adressaten *Mensch, Bürger, Bürgerin* und *Kind*, oder aber um umkämpfte Begriffe. Immerhin zehn normative oder normativ stark aufgeladene Begriffe – *Freiheit, Zugang, Teilhabe, Gerechtigkeit, Chance, Gleichberechtigung, Beteiligung, Benachteiligung, Abhängigkeit* und *Mitbestimmung* – gehören zum gemeinsamen Programmwortschatz der Parteien. Es gibt einen breiten und geteilten normativen Referenzrahmen der Sozialpolitik. Aber die gemeinsam genutzten Begriffe – man denke nur an *Freiheit, Gerechtigkeit* oder *Mitbestimmung* – werden hochkontrovers semantisch unterlegt. Mittels Begriffen wie *Arbeit, Arbeitsplatz, Arbeitswelt, Arbeitsmarkt, Beschäftigung* wird die Kontroverse um die Lage der arbeitenden Menschen entfaltet. *Einkommen, Eigentum, Wohlstand, Lebensqualität, Wohlfahrt, Eigentum, Reichtum* und *Verteilung* sind Begriffe, mit denen Perspektiven der gesellschaftlichen Entwicklung ebenso transportiert werden können, wie Botschaften über soziale Schieflagen. Ob und wieweit *Armut, Benachteiligung* und *Abhängigkeit bestehen*, ist ebenfalls Gegenstand der sozialpolitischen Kontroverse. *Alter, Betreuung, Pflege, Rente* und auch *Behinderung* markieren einen zentralen Politikbereich, dem alle Parteien Aufmerksamkeit widmen.

14 Begriffe benutzen ausschließlich die Piraten. Es handelt sich dabei insbesondere um Begriffe der Rentenpolitik (*Rentenkasse, Rentenpolitik, Rentensystem, Rentenbeitrag, Rentenbezug, Grundrente*) und einige Begriffe aus dem Arbeitsweltdiskurs (*Arbeitsmigranten, Arbeitsumfeld, Dumpinglohn*). Der Begriff *Mitbestimmungsmöglichkeit*, den nur die Piraten verwenden, ist ein sprachlich nicht sonderlich aufwühlendes Kompositum. Dass der Begriff der *Lebenspartnerschaft* nur im Grundsatzprogramm der Piraten entdeckt werden konnte, erstaunt. Den Begriff *Grundeinkommen* – der sozialpolitische Zentralbegriff, mit dem sich die Piraten von anderen Parteien abheben – verwendet außerdem noch die Linke. Die Sichtung der programmatischen Sozialdiskursbegriffe, die ausschließlich im Sprachgebrauch der Piraten sind, erschließt einige sprachliche Besonderheiten. Es sind aber keine neuen semantisch aufgeladenen Kampf- oder Ideologietransporteure zu entdecken. Die meisten

Begriffe, die allein im Sprachgebrauch der Piraten sind, werden im Grundsatzprogramm außerdem auch nur einmal benutzt. Im Übrigen handelt es sich um Begriffe, die auch im allgemeinen gesellschaftlichen Sprachgebrauch sind, aber keinen Eingang in die Programmsprache der Parteien gefunden haben.

41 Begriffe werden nicht nur von den Piraten verwendet, sondern auch von einer oder mehreren der Bundestagsparteien. Die Mehrheit dieser Begriffe wird lagerübergreifend benutzt, gibt also keine Auskunft über die Tendenz der sozialpolitischen Zuordnung der Piraten zu einem der parteipolitischen Lager respektive zu Regierung und Opposition. Markantestes Beispiel ist der Begriff *Kindertagesstätte*, der bis auf die CSU im Sprachgebrauch aller Parteien ist. Ein Begriff, den nur die Piraten und Rot-Grün verwenden, ist das *Betreuungsangebot*. Begriffe, die nur von Piraten und Linken benutzt werden sind *Grundeinkommen*, *Mindestrente* und *Armutsgrenze*. Der *Mindestlohn* wird in den Programmen von Piraten, SPD und Linken thematisiert, außerdem verwenden sie gemeinsam den Begriff *Altersarmut*. Mit Grünen und Linke teilen die Piraten den Begriff *Existenzsicherung*, allein mit den Grünen *Beteiligungsrecht*, *Lebensumfeld* und *Leistungsangebot* und mit Rot-Rot-Grün das *Mitbestimmungsrecht* und die *Ausbeutung*, die aber auch von der CDU benutzt wird, wenn auch nur ein einziges Mal. Ausschließlich zusammen mit CSU und FDP verwenden die Piraten den *Fachkräftemangel*, allein mit der FDP die *Gleichbehandlung* und mit der CDU *Rentner*, *Solidarpakt* und *Solidarordnung*.

Summa summarum sind im Grundsatzprogramm der Piraten mehr Begriffe ausschließlich mit der parlamentarischen Opposition als mit dem Regierungslager im gemeinsamen Sprachgebrauch. Es handelt sich bei *Grundeinkommen*, *Mindestlohn*, *Existenzsicherung*, *Altersarmut*, *Armutsgrenze*, *Beteiligungsrecht* sowohl für die Problembeschreibung als auch die Zielformulierung um sozialpolitische Schlüsselbegriffe. Die ausschließliche Verwendung derartiger semantisch aufgeladener Fahnenwörter aus hart umkämpften Feldern der Sozialpolitik lassen zwar keine Schlüsse auf eine eindeutige Lagerzuordnung zu und erlauben auch keine Zuordnung zu einem politisch-gesellschaftlichen Lager. Aber sie liefern doch Indizien für ideologische Präferenzen und die stärkere Bezugnahme auf den durch die Oppositionsparteien umrissenen Diskursraum.

5. Piraten und Gewerkschaften

Von den *Gewerkschaften* ist in der untersuchten Piratenkommunikation insgesamt 2.400mal die Rede, von *Gewerkschaftern* 135mal und *Gewerkschaftlern* 42mal. 250 Nomina sind im Umfeld des Begriffs *Gewerkschaften* 7.500mal, 40 Adverbien 800mal und 35 Verben ca. 650mal in Gebrauch, dazu ca. 165 Komposita knapp 900mal (Tabellen 16 und 17 im Anhang). Die Piraten und ihr Umfeld führen einen vielfältigen Gewerkschaftsdiskurs, allerdings ausschließlich in ihren internen und öffentlichen Foren.

Die Liste der Umfeldbegriffe, die im Kontext des Begriffs Gewerkschaften verwandt werden, liest sich wie ein Lexikon der Gewerkschaftsbegriffe oder Handbuch der Gewerkschaftsarbeit. Ein kleiner Teil der Begriffe kreist um die Gewerkschaftsorganisation: *Mitglied* (85), *Organisation* (41), *Gewerkschaftsmitglied* (11), *Mitgliedsbeitrag* (11). Mit dem größten Teil Umfeldbegriffe – Nomina, ebenso wie Verben und Adjektive – rund um den Begriff der Gewerkschaften werden aber Praxis und Aktivitäten der Gewerkschaften ausgelotet. Allgemeiner Diskursgegenstand sind *Macht* (52) und *Einfluss* (31) der Gewerkschaften. Signifikant sind eine Reihe von Adjektiven, die im Kontext der Charakterisierung der Gewerkschaften und ihrer Praxis benutzt werden: *politisch* (102), *stark* (59), *dagegen* (26), *international* (23), *solidarisch* (15), *einheitlich* (12), *zuständig* (12), *moralisch* (12), *verhandelnd* (8). Auf der Akteursebene bezeichnen die Begriffe *Arbeitnehmer* (95), *Arbeiter* (48) und Angestellte (22) die Klienten der Gewerkschaften, *Arbeitgeber* (93) und *Arbeitgeberverband* (40) die Sozialpartner, *Betriebsrat* (32) den betrieblichen Hauptakteur und -kooperationspartner der Gewerkschaften, schließlich die *Regierung* (24) einen wichtigen Adressaten gewerkschaftlicher Politik. Mit der *GDL* (10) ist auch ein Konkurrent der DGB-Gewerkschaften in der Diskussion präsent. Die Zieldimension gewerkschaftlichen Handelns wird einerseits mit einer Reihe von Begriffen rund um die Arbeit umrissen: *Arbeit* (94), *Arbeitszeit* (12), *Mitspracherecht* (12), *Arbeitsbedingung* (10), *Arbeitnehmerrecht* (9), *Vollbeschäftigung* (8), *Arbeitslosigkeit* (7). Andererseits dreht sich der Gewerkschaftsdiskurs der Piraten um *Lohn* (71), *Lohnerhöhung* (23) und *Gehalt* (20) aber auch *Kündigungsschutz* (20). Der *Mindestlohn* (89) ist der Zielbegriff, der im Umfeld des Begriffs *Gewerkschaft/en* mit der höchsten Signifikanz und der größten Häufigkeit gebraucht wird. Ausgebreitet wird ein ganzes Spektrum an Begriffen für die Handlungsoptionen der Gewerkschaften, so *Forderung* (44), *Druck* (30), *Protest* (12), *Widerstand* (22), *Kampf* (11) bzw. *Arbeitskampf* (16), *Streik* (84) und *Streikmonopol* (9). Auch Sinn und Möglichkeit eines *Generalstreiks* (14) werden diskutiert. Insbesondere in diesem Diskursstrang sind auch zahlreiche Verben in signifikantem Gebrauch, so *fordern* (100), *organisieren* (43), *vertreten* (38), *verhandeln* (35), *verhindern* (32), *durchsetzen* (26), *verbessern* (25), *aushandeln* (24), *kämpfen* (17) und *erkämpfen* (7), *aufrufen* (15), *sichern* (14), *kritisieren* (13), *einwirken* (12), *abschließen* (12), *streiken* (7). Die Adjektive *lokal* (10), *flächendeckend* (9), *kollektiv* (8) und *außerparlamentarisch* (6), die die Operationsmodi der Gewerkschaften charakterisieren, unterstreichen die Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher Praxis und gewerkschaftlichen Praktiken. Die Verwendung der Begriffe *Tarifvertrag* (42), *Tarifautonomie* (17), *Tariflohn* (16), *Tarifverhandlung* (15), *Tarifabschluss* (9) bzw. *Lohnabschluss* (9) signalisieren, dass im Piratendiskurs ein Augenmerk auch auf dem Kerngeschäft gewerkschaftlicher Politik liegt. In der ganzen Gewerkschaftsdiskussion ist aber auch immer das sozialpolitische Kernprojekt der Piraten, das *Grundeinkommen* (75) respektive das *bGE* (86) präsent, als Gegenpol zu gewerkschaftlichen Forderungen ebenso wie als Vorschlag an die Gewerkschaften, die aufgefordert werden, sich das Grundeinkommen als sozialpolitische Maßnahme zu eigen zu machen.

Bei den Komposita dominieren neutrale Organisationsbegriffe wie *Gewerkschaftszugehörigkeit* (4), *Gewerkschaftsbasis* (3), *Gewerkschaftsbeitrag* (3), *Gewerkschaftsgliederung* (3), *Gewerkschaftsmitarbeiter* (3), *Gewerkschaftssitzung* (3) und Funktionsbezeichnungen, beispielsweise *Gewerkschaftsmitglied* (65), *Gewerkschaftssekretär* (7), *Gewerkschaftsvorstand* (7). Selten werden die Einzelgewerkschaften beim Namen genannt, stattdessen werden sie bestimmten Branchen zugeordnet, die Rede ist von *Polizeigewerkschaft* (38), *Lehrergewerkschaft* (29), *Dienstleistungsgewerkschaft* (4), *Zeitarbeitergewerkschaft* (4). Außerdem werden Begriffe verwandt, die gewerkschaftliche Aktivitäten bezeichnen: *Gewerkschaftsverhandlungen* (3), *Gewerkschaftsdemo* (3), *Gewerkschaftsproteste* (3).

Dieses neutrale Begriffsgerüst macht 80 Prozent der Komposita aus. Daneben finden sich auch Begrifflichkeiten, die eine gewisse Sympathie für die Gewerkschaften erkennen lassen. In den internen Foren ist vom *Gewerkschaftsdialog-Grundeinkommen* (18), von der *Gewerkschaftsidee* (12), vom *Gewerkschaftsdialog* (10), der *Gewerkschaftsbewegung* (9), der *Gewerkschaftsposition* (7) und der *Gewerkschaftsarbeit* (3) die Rede. In den öffentlichen Foren bezeichnen einzelne Diskussionsteilnehmer die nicht im DGB organisierten Gewerkschaften als *Strohmanngewerkschaften* (6) und als *Pseudogewerkschaften* (4). Positionen anderer Diskutanten werden als *gewerkschaftsfeindlich* (4) bezeichnet.

30 Gewerkschafts-Komposita mit 131 Nennungen lassen sich als gewerkschaftsskeptisch, -kritisch bis - feindlich aufgeladen klassifizieren. Allerdings sind dies nur knapp 20 Prozent aller Komposita und knapp 15 Prozent der Nennungen. Fünf Begriffe mit 83 Nennungen werden sowohl in den internen Foren (59) als auch in den öffentlichen Foren (24) benutzt: *Gewerkschaftsfunktionär* (45), *Gewerkschaftsführung* (18), *Gewerkschaftsboss* (12), *Pro-Gewerkschafts-Gesetzgebung* (5), *Gewerkschaftsromantikern* (3). Fünf weitere Begriffe mit allerdings nur acht Nennungen gehören ausschließlich zum Sprachgebrauch der internen Foren: *Gewerkschaften-Propaganda* (3), *Gewerkschafts-SPD-Linke-Argumentation* (2), *Gewerkschaftsquelle* (1), *Gewerkschaftsrhetorik* (1), *Gewerkschaftsmindestlöhne* (1). 20 Begriffe mit 40 Nennungen werden nur in den öffentlichen Foren benutzt: *Großgewerkschaft* (6), *Gewerkschaftlergesockse* (4), *Zwangsgewerkschaft* (4), *Gewerkschaftsmütze* (3), *Gewerkschaftsdiktatur* (2), *Gewerkschaftsheinis* (2), *Gewerkschaftsnazis* (2), *Gewerkschaftsobere* (2), *Gewerkschaftstyrannie* (2), *Gewerkschaftsunterwandert* (2), *Derbgewerkschaft* (2), *Gewerkschaftsapparat* (2), *Gewerkschaftsbürokratie* (1), *Gewerkschaftshaufen* (1), *Gewerkschaftsheini* (1), *Gewerkschaftsmacht* (1), *Gewerkschaftsschnickschnack* (1), *Gewerkschaftsveto* (1), *Gewerkschaftszeitung* (1), *Gewerkschaftspartei* (1).

Eine Reihe der negativen Gewerkschaftskomposita in den öffentlichen und internen Foren überschreitet das Niveau des kritischen Vokabulars nicht, das Abgeordnete in einer scharfen parlamentarischen Debatte verwenden, oder das Journalisten benutzen, wenn sie gewerkschaftliches Agieren kritisch kommentieren (*Gewerkschaftsfunktionär*, *Gewerkschaftsboss*, *Pro-Gewerkschaftsgesetzgebung* etc.). Auch die negativ aufgeladenen Begriffe, die ausschließlich in den internen Foren benutzt werden, sprengen diesen Rahmen nicht. Sie lassen Skepsis vor allem gegenüber gewerkschaftlichen Kommunikationsformen und Argumentationsmuster erkennen (*Gewerkschaftspropaganda* etc.). Teilweise massiv gewerkschaftsfeindliches Vokabular wird nur im öffentlichen Forum benutzt. Dabei handelt es sich um größtenteils skurrile Wortschöpfungen, die auf erhebliche ideologische Deformationen, beträchtliche politische Desorientierung und historische Unkenntnis schließen lassen. Sie werden aber nur von einzelnen Usern benutzt und oft auch nur einmal. Sie sind deshalb nicht signifikant und im strengen Sinne – wegen der geringen Anzahl der Urheber – auch keine diskursiven Be-

griffe. Sie werden zwar in den Diskurs eingespeist, aber nicht aufgegriffen.¹⁹ Signifikant ist dagegen eine Reihe von Adverbien zur Charakterisierung der Gewerkschaften. Sie korrespondieren mit eher gewerkschaftsfeindlichen Positionen wie *überflüssig* (20), *korrupt* (16), *links* (13), *gewissenlos* (6), andererseits mit desillusionierten gewerkschaftskritischen Haltungen wie *schwach* (14), *wirkungslos* (6) und *machtlos* (5). Aufgrund ihrer geringen Häufigkeit sind sie aber diskursiv nur von untergeordneter Bedeutung.

Der DGB wird insgesamt ca. 180mal erwähnt (Rang 5.500), zweimal in der offiziellen öffentlichen Kommunikation (immerhin Rang 4.800). Die wichtigsten Umfeldbegriffe sind *SPD* (19) und *Mindestlohn* (16). Auch der Vorsitzende *Sommer* (15) ist ein Begriff. Das wichtigste Verb im Umfeld *ist fordern* (11) (Tabelle 18 im Anhang).

6. Der Umgang mit Kernbegriffen des Gewerkschaftsdiskurses²⁰

6.1 Sozial

Im gesamten Piratenkorpus wird das Adjektiv *sozial* über 20.000mal benutzt. 1.370 Umfeldbegriffe mit fast 18.000 Nennungen wurden für das Adjektiv gezählt (Tabelle 19 im Anhang). Ca. 2.000 Komposita des Wortstamms *sozial* mit 76.000 Nennungen sind in Verwendung²¹ (Tabelle 20 und 21 im Anhang). Zum Vergleich: Die zentralen Grundwerte der Piraten - Freiheit (16.200), Demokratie (14.700), Gerechtigkeit (4.200), und Teilhabe (3.494) werden teilweise wesentlich weniger benutzt. *Sozialstaat* (3.778), *Sozialsystem* (3.002), *Sozialleistung* (2.997), *Sozialabgabe* (2.219), *Sozialversicherung* (1.775), *Sozialtransfer* (1.483), *Sozialausgleich* (1.411), *Sozialhilfe* (1.400), *Sozialpolitik* (948) sind die wichtigsten Nomina²², *sozialpolitisch* (357), *sozialversicherungspflichtig* (281), *sozialverträglich* (197), *soziales* (92), *psychosozial* (74), *sozialschwach* (50), *sozialversichert* (35), *sozialadäquat* (29), *sozialrechtlich* (23), *sozialversicherungsfrei* (22) die wichtigsten Adjektive. Bei den Umfeldbegriffen von *sozial* stehen *Marktwirtschaft* (2.073), *Gerechtigkeit* (897), *BGE* (892), *Gesellschaft* (865), *Staat* (724), *Arbeit* (702), *Problem* (672), *Deutschland* (624), *Bildung* (509), *System* (507), *Leistung* (405), *Bereich* (384), *Grundeinkommen* (357), *Leben* (350), *Teilhabe* (328), *Einkommen* (328), *Freiheit* (306) an der Spitze.

Das alles klingt einerseits vertraut. Nicht sonderlich anders sieht es bei anderen politischen Parteien aus. Mit einer Abweichung: Addiert man die Begriffe *BGE* (892) und *Grundeinkommen* (357), stehen sie und damit der Themenkomplex mit über 1.200 Nennungen an der Spitze der Umfeldbegriffe des

¹⁹ Diskursive Begriffe liegen in einer Häufigkeit vor, die darauf schließen lässt, dass sie von wenigstens zwei Personen benutzt werden.

²⁰ Im folgenden Abschnitt wird mit Komposita und Umfeldbegriffen operiert. Zur Bedeutung von Umfeldbegriffen und Komposita in der Diskursanalyse vgl. Methodenteil. In die Tabellen zu den Umfeldbegriffen im Anhang wurden die häufigsten Begriffe aufgenommen, die statistisch signifikant im Umfeld eines Begriffes benutzt werden. Im Umfeld meint im selben Satz. Die berücksichtigten statistischen Signifikanzwerte (Spezifität) reichen von 5 (niedrigster Wert) bis 50 (höchster Wert). Die Zahlen in Klammern geben im Gegensatz zu den vorhergehenden Abschnitten die absoluten Häufigkeiten an.

²¹ Dabei bleiben 500 weiterführende Komposita von *sozial* wie *sozialistisch* und Sozialismus bzw. *nationalsozialistisch* und *Nationalsozialismus* sowie deren Komposita etc. unberücksichtigt.

²² Ein im gewerkschaftlichen Kontext so bedeutsamer Begriff wie *Sozialpartnerschaft* kommt im ganzen Piratenkorpus gerade elfmal vor.

Adjektivs sozial, vor *sozialer Marktwirtschaft* und *sozialer Gerechtigkeit*. Das ist die auffällige Besonderheit der Piratenkommunikation. Ihr Sozialdiskurs ist untrennbar mit dem Diskurs über das (bedingungslose) Grundeinkommen verknüpft. Das ist Teil des Markenkerns der Piraten.

Eine weitere Besonderheit gegenüber den etablierten Parteien ist die Verwendung von Sozialkomposita als harte Kampfbegriffe. *Asozial* (1.435) ist der zentrale, allseits verwendete wenngleich unspezifische Kampfbegriff, flankiert von den Nomina *Asoziale* (246), *Asozialität* (166). Asoziales Verhalten, Asozialität wird von linken Kritikern den Betreibern des Abbaus staatlicher Leistungen attestiert, von neoliberalen Kritikern auf das Verhalten von Hartz-IV-Empfängern und Arbeitslosen ebenso gemünzt wie auf die Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens und dessen potentielle Bezieher. Ebenfalls häufig wird das Adjektiv *unsozial* (885) benutzt, allerdings vor allem im Kontext des Vorwurfs des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen. Doch wird es auch von Kritikern des Grundeinkommens vorgebracht und den Befürwortern und potentiellen Beziehern angehängt. Ähnlich wie *unsozial* sind Adjektive wie *sozialdarwinistisch* (167), *antisozial* (59), *sozialfeindlich* (5), *sozialstaatsfeindlich* (4), *neoliberal-sozial* (3) und umgekehrt das seltene Adjektiv *prosozial* (3) vor allem im Sprachgebrauch der verschiedenen Anhänger sozialpolitischer Maßnahmen. Die Kritiker einer stärkeren sozialpolitischen Orientierung und insbesondere einer Festlegung auf das Grundeinkommen charakterisieren die Gegenseite als *sozialromantisch* (18), *pseudosozial* (9), *sozialfürsorgerisch* (4). Vor allem aber übergießen sie Klienten und Akteure der Sozialpolitik mit einer ganzen Reihe von Schmähvokabeln, die aus dem Arsenal populistischer Sozialstaatsfeindlichkeit oder auch dem rechtsradikalen Sprachgebrauch²³ stammen, so *Sozialschmarotzer* (696) und *Sozialschmarotzerei* (21), *Sozialromantik* (254) und *Sozialromantiker* (45), *Sozialneid* (153) und *Sozialneider* (18) sowie *Sozialmissbrauch* (46) oder gar *Sozialparasit* (18). Der Vorwurf der *Sozialbürokratie* (73) ist dagegen eher moderat. Die Begriffe *Sozialrassisten* (19) und *Sozialrassismus* (16) stammen eher aus linksradikalen Zusammenhängen. Wird das Adjektiv *sozialschädlich* (6) benutzt, ist eher ein rechter Hintergrund zu vermuten.

Der Begriff *sozial* und damit das *Soziale* ist integrierter Teil des Piratenwortschatzes und des Piratendenkens. Die Piraten und ihr Umfeld unterscheiden sich hier in Nichts von anderen Parteien und deren Umfeld. Ein maßgeblicher Unterschied besteht im Grundeinkommensdiskurs und in der teilweise harten Kontroverse um die grundsätzliche sozialpolitische Orientierung der Partei. Das haben die etablierten Parteien trotz aller internen Auseinandersetzungen um sozialpolitische Detailfragen in dieser Form hinter sich. Dass in der Partei mit den *Sozialpiraten* (542) ein eigener sozialpolitischer Flügel mit eigenem Webauftritt²⁴ operiert und regelmäßig Gegner und Kritiker auf den Plan ruft, ist ein weiterer Beleg für die Intensität der Kontroverse.

²³ Zum rechtsradikalen Sprachgebrauch der Piraten vgl. Hönigsberger/Osterberg (2012), S. 40ff.

²⁴ <http://sozialpiraten.piratenpartei.de/>. Auf der Seite wurde am 12.4.2013 berichtet, „PIRATEN wollen den Begriff ARBEIT neu definieren! Auf dem [Tag der politischen Arbeit 2013.1](#) in Düsseldorf hatten die Teilnehmer beschlossen, eine Diskussionsrunde stattfinden zu lassen, mit dem Ziel den Begriff „Arbeit“ neu zu definieren. Es geht dabei nicht nur um die Diskussion Pro/Wieder 30h-Woche, sondern was verbindet unsere Gesellschaft mit dem Begriff ‚Arbeit‘ und wie sollte dieser Begriff neu definiert werden in einer Gesellschaft die sich vom Industrie- zum Informationszeitalter entwickelt.“

6.2 Betriebsrat

Von Betriebsrat und Betriebsräten ist in den öffentlichen und internen Foren ca. 260mal die Rede, in den offiziellen und öffentlichen Dokumenten dagegen kein einziges Mal. Insgesamt sind 31 Umfeldbegriffe (Nomina) im Sprachgebrauch, die summa summarum 352mal benutzt werden (Tabelle 22). Sie bezeichnen Akteure, Partner, Klienten wie Kontrahenten, mit denen Betriebsräte zu tun haben (*Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Beschäftigte, Belegschaft, Aufsichtsrat*), das Terrain der Betriebsratsarbeit (*Unternehmen, Betrieb, Betriebsversammlung*), Rechtsgrundlagen der Arbeit (*BetrVG*) oder Aufgabenbereiche (*Kündigungsschutz*). Ein hochsignifikanter Umfeldbegriff ist *Mitbestimmung*, der ebenso wie *Gewerkschaft* und *Arbeitnehmer* am häufigsten benutzt wird. Der Diskurs über Betriebsräte steht im Kontext des Grundwerts der Mitbestimmung, der bei den Piraten in verschiedenen Versionen zu den normativen Leitplanken zweiten Grades zählt. Präsent ist im Umfeld der Diskussion über die Funktion von Betriebsräten auch die Jahreszahl 1976, die einen Meilenstein in der Etablierung der betrieblichen Mitbestimmung bedeutete. Eine Rolle spielt in der Piratenkommunikation von Seiten der Gewerkschaftskritiker der Skandal um den *VW-Betriebsrat (Schmiergeldaffäre)*. Die 18 Betriebsratskomposita sind formaler und deskriptiver Natur und charakterisieren im Wesentlichen Funktionen (*Gesamtbetriebsratschef, Betriebsratsmitglied, Betriebsratsvorsitzende*) oder den Aufgabenbereich (*Betriebsratsarbeit*) (Tabelle 23 im Anhang). Sie werden insgesamt lediglich 45mal benutzt. Drei Komposita – *Betriebsratswahl, Betriebsratsinitiatoren* und *Betriebsratgründung* – gehen jedoch über diese formale Verwendung hinaus. Sie signalisieren die Befassung mit einem speziellen Feld betrieblicher Interessenvertretung und Gewerkschaftsarbeit aus einer interessierten Position. Entsprechend zählt das Verb *gründen* zu den signifikanten Begriffen im Kontext der Diskussion um Betriebsräte.

Abwertende oder skeptische Umfeldbegriffe und Komposita wurden ebenso wenig identifiziert wie Verben und Adjektive, die Distanz, Kritik, Skepsis oder gar Feindseligkeit ausdrücken. Eine irgendwie geartete substantielle Ablehnung der Institution Betriebsrat ist im Piratendiskurs nicht nachzuzeichnen. Die Gründungsthematik signalisiert ein gewisses sachliches, rein quantitativ allerdings geringes Interesse an Betriebsräten und Betriebsratsarbeit.

6.3 Mindestlohn

Der Begriff Mindestlohn wird im Piratendiskurs insgesamt fast 8.500mal benutzt. Zwei Drittel der Begriffsverwendungen entfallen auf die öffentlichen Foren. In der offiziell-öffentlichen Diskussion wird der Begriff an die 20mal gebraucht. Ca. 650 positiv signifikante Umfeldbegriffe, davon an die 500 Nomina, erhellen den Kontext (Tabelle 24). 70 Komposita von *Mindestlohn* konnten identifiziert werden (Tabelle 25). Die Piraten führen einen komplexen Mindestlohndiskurs mit einigen Subdiskursen.

Besonders auffällig ist, dass in dieser Debatte das *bGE* (510) respektive das *Grundeinkommen* (368) als Umfeldbegriffe in hohem Maße präsent sind. Der Mindestlohn ist für einen beträchtlichen Teil der Diskursteilnehmer – vermutlich die Mehrheit – eine *Brückentechnologie* (52) vom Hartz-IV-System hin zum Grundeinkommen. Damit ist der Mindestlohn im Piratenkontext ein positiver sozialpolitischer Bezugspunkt der Debatte. Der gemeinsame Ausgangspunkt der Mindestlohn,- ebenso wie der Grundeinkommensdebatte ist bei den Piraten die Kritik an *Hartz* (169), *Hartz4* (44), *HartzIV* (23). Um-

feldbegriffe wie *Sanktion* (95), *Arbeitszwang* (36) und *Zumutbarkeit* (21) signalisieren, was die zentralen Ausgangspunkte der Kritik sind, ebenso wie allgemeine kritische Formeln wie *Ausbeutung* (29) und *Spaltung* (25). Dem stehen Zentralbegriffe der normativen Orientierung der Piraten - *Teilhabe* (52), *Gerechtigkeit* (41) - gegenüber, ebenso wie Begriffe, die Zieldimensionen umreißen wie *Existenzminimum* (62) und *Absicherung* (24). Die Steigerung der *Kaufkraft* (37) gehört zu den ökonomischen Argumenten, mit denen die Piraten generell zugunsten der Hebung niedrigerer Einkommen auf ein existenzsicherndes Niveau operieren. Diskutiert wird die Höhe des Mindestlohns in zahlreichen Varianten insbesondere im Bereich von 8 € (61) und 10 € (104). Maßstäbe und Bezugspunkte für die Höhe sind der *Höchstlohn* (178), Arbeit im *Vollzeitjob* (67) und in *Vollzeit* (30) auf der einen Seite, der kritisierte *Niedriglohn* (147), das *Lohndumping* (47) respektive der *Dumpinglohn* (45) und die *Zeitarbeit* (24) auf der anderen Seite. Die Beschreibung dieser Verhältnisse wird mit Adjektiven wie *sittenwidrig* (36) und *ungerecht* (27) vorgenommen. Andere Adjektive - *gesetzlich* (667) und *staatlich* (122) - verweisen auf den Subdiskurs über das Subjekt einer Mindestlohnregelung. Die Adjektive *hoch* (552), *flächendeckend* (452), *bundesweit* (87), *angemessen* (61), *branchenübergreifend* (31), *auskömmlich* (22) sind erkennbar Bestandteile des Subdiskurses über die Gestaltung des Mindestlohns. Adjektive wie *bedingungslos* (242) und *garantiert* (65) stammen aus der Grundeinkommensdebatte. Insbesondere in der mit dem Grundeinkommen verkoppelten Niedriglohndebatte sind die anderen Parteien - *Linke* (62), *SPD* (62), *CDU* (49) - Bezugspunkte. Außerdem wird auf Erfahrungen anderer Länder rekuriert: *Frankreich* (75), *Dänemark* (23). Komposita wie *Mindestlohndebatte* (18), *Mindestlohngedanken* (4), *Mindestlohnproblem* (4) und *Mindestlohndilemma* (2) signalisieren eine gewisse Distanz. Überwiegend wird die Mindestlohndebatte aber mit nüchternen, technischen Komposita bestritten. Beispiele sind *Niedrig-Mindestlohn* (39), *Mindestlohnbereich* (22), *Mindestlohnsektor* (16), *Netto-Mindestlohn* (15), *Brutto-Mindestlohn* (6), *Mindestlohnregelung* (13), *Mindestlohnforderung* (24), *Mindestlohneinführung* (10), *Mindestlohngesetzgebung* (5), *Mindestlohnniveau* (5) etc. Dies wird auch durch einen beträchtlichen Anteil von Verben aus dem Umfeld des Begriffs Mindestlohn unterstrichen, die allgemein gängig sind und politische Aktionsmuster differenzieren: *einführen* (292), *zahlen* (260), *fordern* (147), *erhöhen* (83), *durchsetzen* (40), *garantieren* (39), *festlegen* (43), *verhindern* (84), *ablehnen* (82). Auf eine kontroverse Debatte weisen die Begriffe *Mindestlohn-Kritiker* (3) und *Mindestlohn-Gegner* (2) hin, mit denen einzelne Befürworter ihre Kontrahenten charakterisieren. Letztere klassifizieren den Mindestlohn als *links* (67), *überflüssig* (35) und *kontraproduktiv* (32). Einige wenige machen sich mit einer Reihe von abwertenden Wortkonstrukten wie *Zwangs-Mindestlohnforderung* (3), *Mindestlohn-Forderungs-Wettbewerb* (2), *Mindestlohngeschwafel* (2), *Mindestlohnkampagne* (2), *Mindestlohn-Profiteure* (2), *Mindestlohnschnickschnack* (2), *Faulenzermindestlohn* (2) bemerkbar. Es handelt sich aber um nicht signifikante Einzelmeinungen, die diskursiv unerheblich sind.

6.4 Mitbestimmung

Der Begriff *Mitbestimmung* wird insgesamt 886mal benutzt, allein 492mal im öffentlichen Forum. Ca. 120 Nomina werden im Umfeld des Begriffs Mitbestimmung ca. 1800mal benutzt, die ca.30 Verben rund 600mal und 14 Adjektive rund 149mal. (Tabelle 26 im Anhang). 30 Komposita sind 318mal in Gebrauch, die beiden wichtigsten sind *Mitbestimmungsrecht* (148) und *Mitbestimmungsmöglichkeit* (78) (Tabelle 27 im Anhang). Die drei Begriffe sind auch Teil des Wortschatzes der offiziellen und öffentlichen Kommunikation. Die Piraten führen einen Mitbestimmungsdiskurs.

Wichtige politische Prozessbegriffe rund um die Mitbestimmung sind vor allem die Nomina *Gestaltung* (15) und *Ausbau* (13) sowie die Verben *ermöglichen* (16), *gestalten* (14), *erproben* (8), *anstreben* (8), *stärken* (8), *initiieren* (7), *einhalten* (7), *herbeiführen* (6) aber auch *verordnen* (6). Charakteristische Adjektive im Umfeld der Mitbestimmung sind *wichtig* (25), *echt* (17), *weitreichend* (9), *intelligent* (7). Besonders auffällig ist der hohe Anteil normativer Begriffe im Umfeld der *Mitbestimmung*, so *Transparenz* (84), *Demokratie* (61), *Freiheit* (30), *Demokratisierung* (22), *Teilhabe* (12), *Beteiligung* (10). Die Mitbestimmung wird im Kontext des zentralen normativen Rahmens der Piraten diskutiert und ist selbst ein wichtiger normativer Begriff des Piratendiskurses.

Die Piraten entfalten nicht nur einen differenzierten Mitbestimmungsbegriff. Für sie ist Mitbestimmung auch ein Projekt in allen gesellschaftlichen Räumen. Darauf verweisen diverse Umfeldbegriffe, die Subjekte und Akteure einer politischen Mitbestimmung bezeichnen, so *Bürger* (79), *das Volk* (25) und entsprechend der *Volksentscheid* (16), die *Verwaltung* (13), die *Partei* (54) und die *Basis* (22). Als Akteure des ökonomischen Systems werden *Wirtschaft* (25), *Unternehmen* (67), *Aufsichtsrat* (21), *Arbeitnehmer* (59) und *Betriebsrat* (30) genannt. Aber der Mitbestimmungsgedanke wird von den Piraten auch auf den Bildungsbereich ausgedehnt, für *Schüler* (23) beim *Stundenplan* (12) beispielsweise. Die Komposita der Mitbestimmung, die verschiedene Mitbestimmungsbereiche bezeichnen, verdeutlichen die umfassende gesellschaftspolitische Version des Mitbestimmungsbegriffs der Piraten. Sie reichen von der *Unternehmensmitbestimmung* (24), *Arbeitnehmermitbestimmung* (6) und *Mitarbeitermitbestimmung* (1) über die *Volksmitbestimmung* (2), *Bürgermitbestimmung* (2), *Wählermitbestimmung* (1), *Basismetbestimmung* (4) bis hin zur *Schülermitbestimmung* (4), *Hochschulmitbestimmung* (1) und sogar *Kindermitbestimmung* (1).

Entsprechend vielfältig sind auch die Adjektive, die im Umfeld der Mitbestimmung benutzt werden. Im Kontext der Mitbestimmung im ökonomischen Raum sind dies beispielsweise *betrieblich* (20), *unternehmerisch* (5) aber auch *marktkonform* (6), insbesondere aber *paritätisch* (125). Der Gedanke und die Kontroverse um die paritätische Mitbestimmung sind im Piratendiskurs präsent, darauf verweist die Jahreszahl *1976* (16). Mitbestimmung im politischen Raum wird unter anderem mit den Adjektiven *demokratisch* (63), *politisch* (46), *basisdemokratisch* (30) und *parlamentarisch* (7) kommuniziert. Das häufig benutzte Adjektiv *direkt* (41) signalisiert, dass die Piraten den Begriff *Mitbestimmung* auch im Kontext der direkten Demokratie verwenden. Das Adjektiv *studentisch* (7) illustriert die Hochschulmitbestimmung. Ansonsten zeugt der Gebrauch weiterer, vorwiegend deskriptiver Mitbestimmungskomposita - u. a. *Mitbestimmungsgesetz* (7), *Mitbestimmungsstruktur* (4), *Mitbestimmungsmodell* (3) oder *Mitbestimmungsregel* (3) und *Mitbestimmungssystem* (2) usw. - davon, dass die Piraten auch technisch Details und Strukturfragen der Mitbestimmung kommunizieren. Im Gegensatz beispielsweise zum Mindestlohn ist die Mitbestimmung erkennbar – sprachlich – weniger strittig. Nur ein wirklich skeptischer Umfeldbegriff - *Halbvergesellschaftung* (16) - konnte identifiziert werden, dazu das Adjektiv *fiktiv* (5) sowie das Kompositum *Mitbestimmungsfolklore* (4). Mitbestimmung gehört zu den gefestigten und praktisch unantastbaren Konzepten der Piraten.

Wie in anderen Diskursen wird auch im Mitbestimmungsdiskurs das *bGE* (57) als Referenzpunkt eingeführt, insbesondere als Instrument, das Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen soll. Als diskursiver Kontrapunkt werden die *Selbstbestimmung* (13) und *selbstbestimmt* (7) eingeführt und - piratentypisch - auch die *Schwarmintelligenz* (12) als Mitbestimmungsvariante respektive Mitbestimmungsakteur. Zentral für den Piratendiskurs ist die umfassende gesellschaftspolitische Version des Mitbestimmungskonzeptes.

6.5 Sozialstaat und Sozialpolitik

Ca. 3.800mal wird im Piratenkorpus über den *Sozialstaat* geredet. 104 Umfeldbegriffe werden 4.514mal verwendet (Tabelle 28 im Anhang), 10 Sozialstaatskomposita aus dem allgemeinen sozialpolitischen Sprachgebrauch um die 1.000mal. Auf drei Besonderheiten des Subdiskurses zum Sozialstaat weisen die Daten hin: Das *bGE* (515) beziehungsweise das *Grundeinkommen* (115) sind der eine omnipräsente Pol des Sozialstaatsdiskurses, der andere sind der *Markt* (250) und die *Marktwirtschaft* (217). Dies wird durch den häufigen Rekurs auf Milton *Friedman* (239) unterstrichen. Auch Friedrich August von *Hayek* (22) ist gelegentlicher Kronzeuge der Sozialstaatskritik. Aber insgesamt häufiger als *Grundeinkommen* und *Markt* werden das *Sozialstaatsgebot* (518) und das *Sozialstaatsprinzip* (269) in die Debatte eingeführt.

An der spezifischen Begriffswahl fallen weitere Polarisierungen auf, so der eher kritisch konnotierte Begriff *Subvention* (62) auf der einen, *Grundsicherung* (36) auf der anderen Seite. Als Subjekte respektive Klienten einerseits *Bürger* (129) und andererseits *Arme* (31), die Finanzierungsinstrumente *Umverteilung* (56) und *Einkommensteuer* (171) einerseits, *Mehrwertsteuer* (40) bzw. *Konsumsteuer* (59) im Rahmen von Grundeinkommenskonzepten andererseits. Als Grundwert im Kontext des Sozialstaatsdiskurses wird insbesondere die *Freiheit* (66) genannt, in geringerem Umfang ein *Sozialausgleich* (32). Nur vereinzelt wird an *Zusammengehörigkeit* (5) appelliert. Die Polarisierung setzt sich bei der Wahl von Begriffen für konstruktive Ziele und negative Charakterisierungen fort. Im Kontext der Sozialstaatsdiskussion ist einerseits von *Leistungsfähigkeit* (17), *Stabilisierung* (16), *Optimierung* (16), *Umbau* (20), *Paradigmenwechsel* (13), *Reformperspektive* (8) die Rede, andererseits wird die *Wohlfahrts-Bürokratie* (27) kritisiert, ist der *Wohlfahrtsstaat* (34) - da meldet sich die individualistische Perspektive – ein *Koloss* (18). In der am meisten zugespitzten Kritikvariante wird der Sozialstaat als *Idiotenzwinger* (25) bezeichnet. Alle Beteiligte, ob Sozialstaatsverteidiger oder -gegner, Grundeinkommensbefürworter oder -gegner, thematisieren, wie man sozialstaatliche Maßnahmen oder auch Gegenkonzepte *finanzieren* (125) kann und was sie *kosten* (70). *Stabilisieren* (67), *verändern* (46), *optimieren* (34) sind positiv besetzte Verben im Kontext des Sozialstaatsdiskurses. Auffällig häufig werden aber „negative“ Verben benutzt wie *abschaffen* (51), *abbauen* (37), *strangulieren* (31), *abgraben* (22), *verschleppen* (13), *demontieren* (11). Verben dieser Art werden insbesondere von Verteidigern des Sozialstaats für sozialpolitische Einschnitte benutzt, gehören aber auch zum Arsenal von Sozialstaatskritikern. Adjektive wie *sozial* (176), *bedingungslos* (90) – als Attribut des Grundeinkommens – sowie *unabhängig* (45) stehen im Kontext eines normativ orientierten sozialpolitischen Diskurses, während Adjektive wie *verschlingend* (29), *idiotenzwingerisch* (16), *bürokratisch* (15), *marodeste* (11), *irrenanstaltlich* (7), *wuchernd* (6) teilweise massive Zweifel oder Ablehnung im Kontext des Sozialstaats signalisieren.

Sozialpolitik wird im sozialpolitischen Korpus 1.324mal genannt. Komposita liegen nicht vor. 92 Umfeldbegriffe kommen 1.351mal vor (Tabelle 29 im Anhang). Auch bei der Sozialpolitik sind *bGE* (115) und *Grundeinkommen* (74) die weitaus häufigsten statistisch signifikanten Umfeldbegriffe, das häufigste Adjektiv ist *bedingungslos* (46). Auffällig ist, dass im Umfeld der Sozialpolitik insgesamt acht korrespondierende Politikfelder genannt werden, insbesondere *Wirtschaftspolitik* (44) und *Finanzpolitik* (18). *Hartz* (21) ist der negativ besetzte Bezugspunkt aller sozialpolitischen Überlegungen, *Gerechtigkeit* (11) und RESET (6) - die Abkürzung des im Grundsatzprogramm der Piraten verankerten "Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe" - sind die signifikanten Grundwerte. Die

finanzielle Dimension wird besonders durch Begriffe wie *Förderung* (9) und *Finanzierbarkeit* (8) angesprochen. Den allgemeinen politischen Zugang zur Sozialpolitik umreißen die Schlüsselbegriffe *Umdenken* (7), *Herausforderung* (6), *Systemwechsel* (6) ebenso wie *festigen* (6), *ordnen* (5), *regulieren* (5). Eine weitere Auffälligkeit sind die zahlreichen Adjektive, die einen ambitionierten und engagierten Zugang zur Sozialpolitik signalisieren: *politisch* (34), *sozial* (30), *gemeinsam* (20), *produktiv* (14), *zukunftsfähig* (10), *solidarisch* (9), *emanzipativer* (8), *sozialpolitisch* (7), *nachhaltig* (7). Friedman (14) fungiert wieder als Kronzeuge der Grundsatzkritiker der Sozialpolitik, denen entgegengehalten wird, sie seien *Gesellschaftsvernichter* (5).

Die Begriffswahl deutet auf eine starke Polarisierung des Sozialstaatsdiskurses hin. Der Sozialstaat insbesondere als Prinzip ist Perspektive und – grundsätzlich – verteidigungswert, bietet aber auch Anlass zu grundsätzlicher Kritik. Der Begriff des Sozialstaats evokiert im Piratenmilieu Kontroversen und auch Widerwillen und Abwehr. Die Häufigkeitsverteilung der Begriffe signalisiert, dass die harten liberalen und neoliberalen Kritiker einer sozialen Positionierung der Piraten insbesondere im Sozialstaatsdiskurs ein Terrain vorfinden. Dass ein Begriff wie *Unfug* (29) statistisch ins Gewicht fällt, ist ein Indiz für die Schärfe der Kontroverse. 12mal sprechen Diskutanten ihre Kontrahenten direkt als *Sozialstaatsgegner an* und allenthalben werden auch schon mal *neoliberalfaschistische* (6) Positionen konstatiert. Der Begriff *Sozialpolitik* ist dagegen weitaus weniger kontrovers und negativ besetzt. Der *Sozialstaat* ist teilweise kritisch gesehener Kontrahent, der auch an seine Regeln zu erinnern ist. *Sozialpolitik* ist ein positives Handlungsmuster. Gegenüber dem Sozialstaat ist die Freiheit zu behaupten, in der Sozialpolitik geht es um Gerechtigkeit.

6.6 Hartz

Das Thema Hartz IV ist ein sozialpolitisches Großthema der Piraten. Fast 12.000mal wird das Thema unter verschiedenen Schreibweisen - *Hartz* (8448), *Hartz4* (3165), *Hartz-4* (84) - angesprochen. Über 750 Umfeldbegriffe sind signifikant, die an die 27.000mal benutzt wurden (Tabelle 30 im Anhang). Sachlich oder quantitativ relevante Komposita wurden in der Diskussion nicht produziert (Tabelle 31 im Anhang). Am meisten wird über die *Empfänger* (992) geredet, auch über *Aufstocker* (38) und *Bedürftige* (38). Das weniger distanzierte, familiärere *Leute* (222) signalisiert Sympathie für Betroffene. Dass *Kind/Kinder* (281) in dieser Häufigkeit benutzt wird, ist ein Indiz für die intensive Befassung mit den sozialen Folgen des Hartz-IV-Systems für unbeteiligte Dritte. Thematisiert werden die sozialen Ursachen - *Arbeitslosigkeit* (56) – und die potentiellen und tatsächlichen Folgen - *Armut* (36) - des Absturzes in das Hartz -IV-System. Gegenstand ist die Organisation des Systems selbst, darauf verweisen Begriffe wie *Sanktion* (434), *Arbeitszwang* (127), *Antrag* (119), *Zuverdienst* (51), *Amt* (46), *beantragen* (167), *aufstocken* (52). Das System wird bis ins Detail diskutiert, wie die Begriffe *ALG* (169), *SGB* (164), *Bezug* (58), *Höhe* (147), *Niveau* (146), *Leistung* (143), *Grundsicherung* (96), *Regel-satz* (95), *Anspruch* (89), *Berechnung* (44) signalisieren. Dass der Zwangs- und Kontrollcharakter des Systems für die Piraten im Mittelpunkt der Kritik steht, belegen die Verben *zwingen* (119), *kürzen* (93), *verlieren* (77), *kündigen* (67), *sanktionieren* (37), *senken* (35). Häufig wie in keinem anderen Subdiskurs werden quantifizierende Adjektive - *mehr* (896), *hoch* (369), *niedrig* (236), *weniger* (153), *mindestens* (122), *gering* (81) – benutzt, die entweder in der Kritik der Hartz-IV-Sätze oder im Kontext von Forderungen nach ihrer Erhöhung benutzt werden. In der intensiven Befassung mit der materiellen Situation der Hartz-IV-Empfänger werden Verben wie *zahlen* (155), *erhalten* (148), *beziehen* (132), *annehmen* (121), *erhöhen* (102), *verdienen* (101) benutzt. Das Verb *hetzen* (53) fällt auf den

ersten Blick aus diesen Kontexten heraus, ist aber ein Indiz für die Beschäftigung der Piraten mit dem öffentlichen Umgang mit Arbeitslosen und Hartz-IV-Empfängern. Spezifisch für den Hartz-Diskurs ist, dass auch die politischen Parteien als Urheber - *SPD* (89), *Grüne* (80), *Schröder* (66) und die *Agenda* (41) - wie auch Befürworter - *FDP* (58) - und Kritiker - *Linke* (61) - einbezogen werden. Der Hartz-Diskurs hat im Gegensatz zu anderen einen direkten parteipolitischen Bezug. Die normative Würdigung des Hartz-Systems wird insbesondere mit Adjektiven wie *teuer* (66), *verfassungswidrig* (52), *ungerecht* (47), *entwürdigend* (33) vorgenommen. Das einzige Indiz, das in diesem Diskursstrang auch der harte liberale und neoliberale Flügel präsent ist, ist das Adjektiv *faul* (89), mit dem gemeinhin Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger belegt werden, das aber auch auf die potentiellen Bezieher des Grundeinkommens gemünzt wird.

Ein Element der politischen Zielsetzung wird durch einfache Formeln ausgedrückt: *Erhöhung* (51), *Reform* (50), *Verbesserung* (38) einerseits, *Abschaffung* (102) andererseits. Das andere Element ist das Grundeinkommen. *BGE* (748) und *Grundeinkommen* (248) werden insgesamt 1000mal genannt. Auffälliger Bezugspunkt der Debatte ist der *Mindestlohn* (156). Worum es letztlich geht, ist einfach: *Leben* (262) und *Lebensunterhalt* (37), das *Existenzminimum* (133) - und das *sanktionslos* (171), *sanktionsfrei* (109), *bedingungslos* (107),

7. Das bedingungslose Grundeinkommen²⁵

22.500mal wird in den untersuchten Foren über das Grundeinkommen geredet. An die 1.500 Umfeldbegriffe mit ca. 70.000 Nennungen wurden identifiziert (Tabelle 32), Komposita dagegen nicht einmal 20, mit zudem jeweils nur einer verhältnismäßig geringen Zahl von Nennungen.

Die wichtigsten Umfeldbegriffe sind Synonyme *BGE* (1516) respektive *bGE* (863). Auf den offenen und unabgeschlossenen Stand der Debatte verweisen Begriffe wie *Idee* (593) *Modell* (540) und *Initiative* (508) ebenso wie Fragen von einem Teil der Diskutanten nach *Definition* (140) und *Begriff* (109) des Grundeinkommens. Dass insbesondere die Hartz-IV-Kritik ein Ausgangspunkt der Debatte ist, belegen einschlägige Begriffe aus dem Hartz-Diskurs wie *Sanktion* (169), *Aufenthalt* (166), *Bedürftigkeitsprüfung* (77) und *Zwang* (117). Diesen Begriffen steht ein normativ aufgeladener Begriff wie *Recht* (274) gegenüber. Die Grundwerte, die im Kontext des Grundeinkommens vorrangig diskutiert werden, von denen es getragen wird und die es realisieren soll, sind *Teilhabe* (222), *Freiheit* (202), *Würde* (121) und *Gerechtigkeit* (76). Eine ganze Reihe von normativen und normativ aufgeladenen Adjektiven - *solidarisch* (602), *sozial* (349), *gerecht* (131), *menschlich* (100) und *menschenwürdig* (77) sind sowohl unmittelbar Zuschreibungen des Grundeinkommens als auch wünschenswerter Verhältnisse, die mittels des Grundeinkommens zu erreichen sind. Auch mit den Attributen *sinnvoll* (160) und *notwendig* (131) wird für das Grundeinkommen geworben.

Zielgruppen im Grundeinkommensdiskurs sind *Bürgerinnen* und *Bürger* (239), *Erwachsene* (102) aber auch *Erwerbslose* (93). Der Diskurs kreist um ihre *Existenz* (239) respektive das *Existenzminimum*

²⁵ Für die folgende Darstellung der Grundeinkommensdiskussion wurde nicht nur quantitativ analysiert, wurden die Umfeldbegriffe und Komposita geprüft, sondern auch ca. 6.000 Passagen aus der Kommunikation in den öffentlichen Foren qualitativ ausgewertet.

(134), die sowohl gefährdet erscheinen, als auch durch das Grundeinkommen gesichert werden sollen. Diskutiert wird insbesondere die *Höhe* (738) in verschiedenen Bereichen von 1.500 (111), 850 (82), 700 (87) und 400 (105) Euro. Die Form, in der es gewährt werden soll, wird durch Adjektive wie *bedingungslos* (9632), *garantiert* (400), *individuell* (107), *existenzsichernd* (134) umrissen. Die Finanzierungsfrage spielt im Grundeinkommenskontext eine wesentliche Rolle, wie das Substantiv *Finanzierung* (338), das Verb *finanzieren* (548) und die Adjektive *finanzierbar* (122) und *wirtschaftlich* (115) anzeigen. Im Detail werden verschiedene Instrumente und Varianten der Steuerfinanzierung genannt, *Einkommensteuer* (316) einerseits, *Konsumsteuer* (210) und *Mehrwertsteuer* (89) andererseits. Die Begriffe *Steuersystem* (79) und *Steuerreform* (77) im Umfeld des Grundeinkommens deuten an, dass ein Teil der Diskutanten es für erforderlich hält, die Finanzierungsfrage grundsätzlicher anzugehen. Der Begriff *Bedingung* (351) und insbesondere die Thematisierung der *Gegenleistung* (102) verweisen auf den Subdiskurs über Voraussetzungen des Grundeinkommens, in dem insbesondere Kritiker Zweifel anmelden.

Dass die Debatte nicht jenseits und abgeschottet von anderen sozialpolitischen Diskurssträngen verläuft, sondern den Anschluss an sie sucht, zeigt der Verweis auf weitere Modelle wie das *Bürgergeld* (94) aber insbesondere auf die „Brückentechnologie“ *Mindestlohn* (344) und die *Bürgerversicherung* (87).

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist das sozialpolitische Schlüsselthema der Piraten. Es wird in der Partei mit beträchtlichem Aufwand und hoher Intensität debattiert. Das und die - wenn auch knappen - programmatischen Festlegungen unterscheiden die Piraten auf dem Feld der Sozialpolitik von allen anderen Parteien.

Obwohl einige Landesverbände bisher keine programmatischen Aussagen getroffen haben, können die Piraten schon jetzt als die Partei des Grundeinkommens gelten. Das Grundeinkommen ist ein Markenkern der Piraten neben Netzpolitik und Urheberrecht – trotz viel ausführlicherer Ausarbeitungen in weiteren Politikbereichen, beispielsweise zu bildungspolitischen Themen. In der Grundeinkommensdebatte bündeln sich der soziale Impuls und die sozialpolitischen Überzeugungen der Piraten und ihres Umfelds. Die Grundeinkommensdebatte ist der wesentliche Indikator für die sozialpolitische Richtung, die die Piraten einschlagen.

Jenseits der kargen programmatischen Aussagen gibt vor allem die öffentliche und semiöffentliche Piratenkommunikation im Netz Auskunft über die Motive und Impulse, die die Partei und ihr Umfeld das bedingungslose Grundeinkommen favorisieren lassen. Im öffentlichen Forum bewegt sich die Grundeinkommens-Debatte der Piraten vorwiegend auf der Ebene der normativen Grundlagen, Hoffnungen und Erwartungen sowie grundlegenden Begründungen. Sie ist deshalb für eine Vermessung des Charakters und der grundsätzlichen sozialpolitischen Orientierung der Piraten ertragreicher als die oft detaillierte und konzeptionell orientierte Debatte in der Mailingliste der AG Grundeinkommen oder in Diskussionsforen der Sozialpiraten. Die allerdings zeigt an, dass die konzeptionellen Überlegungen weiter gediehen sind als sich dies im öffentlichen Forum und erst recht in den Programmen niederschlägt.

Die Piratendebatte um das Grundeinkommen ist bei den Piraten trotz der programmatischen Richtungsentscheidung nach wie vor kontrovers. In den untersuchten Statements sprechen sich ca. zwei Drittel der Diskussionsteilnehmer für das bedingungslose Grundeinkommen aus, ca. ein Drittel dage-

gen. Jedes Argument pro oder contra Grundeinkommen findet Grundeinkommen eine Antwort. Zu den kommunikativen Usancen gehört, Argumentationsmuster pro und contra zu zerlegen und einzelne Passagen jeweils zu beantworten. Die Debatte wird durch ein Frage-Antwort- respektive ein Argument-Gegenargument-Muster durchzogen. Einzelne Befürworter und Gegner des Grundeinkommens nehmen sich seitenweise die Argumente ihrer Kontrahenten vor und versuchen sie Passage für Passage zu widerlegen. Obwohl die programmatische Option „Bedingungsloses Grundeinkommen“ heißt, sind in der Piratenkommunikation verschiedene Konzepte im Gespräch: neben dem BGE die negative Einkommenssteuer (NES), ein „bedingungsleichtes“ Grundeinkommen“ oder ein an die Ableistung von Bürgerarbeit gekoppeltes Grundeinkommen. Das Modell von Peter Althaus spielt als konzeptioneller Bezugspunkt nur am Rande eine Rolle. Althaus wird aber vor allem als Beleg dafür zitiert, welche Kreise die Grundeinkommensdebatte schon gezogen haben und in welche konservativen Kreise hinein. Namen anderer Protagonisten – z.B. Prof. Michael Opielka²⁶ – fallen weniger. Favorit bei einem beträchtlichen Teil der Grundeinkommensbefürworter ist das Konzept von Götz Werner.²⁷ Es genießt bei den Befürwortern im öffentlichen Forum einige Sympathie. Er ist der Name, der im Kontext Grundeinkommen weitaus am häufigsten genannt wird. Auch auf Milton Friedman als Urheber der Grundeinkommensidee wird mehrfach rekurriert.

Der kontroverse Grundeinkommensdiskurs der Piraten lässt sich in mehrere Stränge zerlegen:

- Ausgangslage respektive Beschreibung der Probleme, die gelöst werden sollen: Kritik an Arbeitswelt und Sozialstaat
- normativer Kern, insbesondere Begründung der Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens
- Hoffnung und Erwartungen, die an das Grundeinkommen geknüpft werden
- Prognosen über die Wirksamkeit des Grundeinkommens, Einschätzung der Folgen
- Konzeption und Instrumentierung
- Finanzierung
- Materielle und mentale Voraussetzungen des Grundeinkommens

Zur Begründung des Grundeinkommens wird ein Lagebild entworfen, das diverse Argumentationsmuster, die auch in der allgemeinen gesellschaftlichen Sozialstaatsdebatte verwandt werden, in spezifischer Weise kombiniert. Insbesondere wird betont, dass die Voraussetzungen der gegenwärtigen Sozialstaatlichkeit verfallen: die Familie, geschlossene Berufsbiographien, die demografischen Voraussetzungen des Generationenvertrags. Die ausreichend bezahlten sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze werden auf Dauer weniger. Grundlegende Zweifel werden am Konzept der Vollbeschäftigung wegen einer immensen Steigerung der Produktivität durch beschleunigte Automatisierung und Robotisierung geäußert. Vereinzelt werden die weitgehende Freisetzung der heute noch Arbeitenden sowie ihre Ersetzung durch Roboter bereits in zehn Jahren prognostiziert. Diese Akzentuierung der Robotik ist ein spezielles Argumentationsmuster in der Kommunikation der technikaffinen Piraten. Aus der Lagebeschreibung erwächst eine grundlegende Kritik an den Institutionen des Sozialstaats, die zudem mit einer massiven Kritik am Hartz-4-System und insbesondere an dessen Kontrollregiment aufgeladen wird. Neben diesem Diskursstrang tritt ein weiterer, der auf die Spaltung

²⁶ Gründungsmitglied des Netzwerks Grundeinkommen (www.grundeinkommen.de).

²⁷ Informationen zur Grundeinkommenskonzeption von Götz Werner unter <http://www.untersuehst-du-zukunft.de/de/zum-grundeinkommen/>.

der Gesellschaft abhebt. Konstatiert werden Verarmung und Verelendung auf der einen Seite, privater Reichtum auf der anderen Seite. Ein dritter Diskursstrang kreist um die Arbeit und den Arbeitsbegriff. Der verästelte Arbeitsdiskurs umgreift alle Phänomene entfremdeter Arbeit. Massiv werden schlechte Arbeitsbedingungen, Hierarchien in der Arbeitswelt, niedrige Entlohnung, Dumpinglöhne, Fremdbestimmung kritisiert. Gleichzeitig und ausgehend von der Kritik an realen Arbeitsverhältnissen wird die „Arbeitsideologie“, also die ethische Überhöhung der (Lohn)Arbeit aufs Korn genommen. Die Gesamtentwicklung mache die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen notwendig. Der vorhandene Überfluss und gesellschaftliche Reichtum mache diese Entkoppelung auch möglich. Das Grundeinkommen ist das Instrument dieser Entkoppelung.

Das Grundeinkommen wird als bahnbrechendes Konzept eingeführt, das für einen Paradigmenwechsel steht. Es dient der Existenzsicherung, befreit von Armut und Existenzangst, ermöglicht sinnerfüllte und selbst bestimmte Tätigkeit, menschenwürdige Arbeit, ein würdiges und freies Leben, Teilhabe. Es überwindet den Konkurrenzdruck, befreit von Systemzwängen. Das Recht auf Grundeinkommen wird als Grundrecht formuliert, als Recht auf Existenz und als natürliches Anrecht auf den gesellschaftlich produzierten Reichtum. Es dient der Grundrechtssicherung und stellt Gerechtigkeit her. Insofern ist es der Vollzug des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes. Im Grunde wird eine radikale Abkehr vom Prinzip „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ vollzogen. Kleinteiliger, in Absetzung von der aktuellen sozialstaatlichen Praxis wird insbesondere betont, dass die ganzen komplizierten Bedarfsprüfungen wegfallen und eine Entbürokratisierung und Effektivierung des Sozialsystems möglich wird.

Summa Summarum wird das Grundeinkommen der große Problemlöser propagiert.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Bahn brechendes Konzept, um dem grundlegenden Wandel von Leben und Arbeit zu begegnen und die Menschen von Existenzangst zu befreien. Einfach, gerecht und finanzierbar! Es schafft Sicherheit und Freiraum für Kreativität und Eigeninitiative, gibt der Arbeit ihren Sinn und den Menschen ihre Würde zurück. (Quelle: öffentliches Forum)

Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt werden durch das Grundeinkommen grundlegend verändert, da niemand mehr gezwungen ist, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Vermutet und erhofft wird, dass bis zu 20 Prozent der Arbeitsfähigen zu arbeiten aufhören und der entstandene Arbeitskräftemangel die Arbeitgeber zwingt, sich mit höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen wieder um Arbeitnehmer zu bemühen. Niemand arbeitet mehr zum Niedrig- oder Mindestlohn, sondern nur noch zum Höchstlohn! Antikapitalistisch wird erhofft, dass die Wirtschaftsliberalen die Kontrolle über ihre „Lohnsklaven“ verlieren und Arbeitnehmer, die die Freiheit haben, Nein zu sagen, ein Gegengewicht zum Herrschaftsanspruch des Kapitals aufbauen können. Es wird sogar behauptet, dass durch das Grundeinkommen die Arbeitskraft den Warencharakter verliere. Ebenso wird eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erwartet. Die individuelle Vertragsfreiheit soll gestärkt werden, mit der ein auf das Grundeinkommen aufbauendes Erwerbseinkommen erzielt werden kann. Die Kehrseite in einigen Argumentationen ist, dass durch die Stärkung der individuellen Position der Arbeitnehmer der Gewerkschaftseinfluss zurückgedrängt respektive die Gewerkschaften überhaupt überflüssig werden. Das Grundeinkommen werde das Individuum durch die Verknappung des Arbeitsangebots auch ohne Gewerkschaften stark machen. Als Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht wird die Verknappung des Arbeitsangebots allenfalls von einzelnen Diskussionsteilnehmern gedeutet.

Die operative Ausgestaltung ist offen beziehungsweise strittig: Grundeinkommen für jeden/alle, für alle Staatsbürger, oder nur für Nicht-Arbeitende, ebenso die Höhe (zwischen 700 und 1000 Euro) und inwieweit das Grundeinkommen mit anderen sozialen Sicherungssystemen (Krankenversicherung, Pflege, Wohngeld) kombiniert werden soll. Gegen einschlägige Kritik wird betont, dass es sich um ein Grundeinkommen, und nicht um einen Kombilohn handelt. Das Grundeinkommen wird sowohl in Kombination mit einem gesetzlichen Mindestlohn gedacht, als auch als das Nachfolgemodell eines überflüssig gewordenen Mindestlohns. In jedem Fall ist der Mindestlohn eine politische Referenzgröße.

Ein weiterer Diskursstrang thematisiert die Implementationsprobleme, die materiellen Bedingungen des bedingungslosen Grundeinkommens sowie die mentalen und ideologischen Voraussetzungen des angestrebten Paradigmenwechsels. „*Das Bedingungslose Grundeinkommen funktioniert nur, wenn noch genug Menschen arbeiten*“ konstatiert ein Diskussionssteilnehmer nüchtern. Entsprechend ausführlich wird deshalb verhandelt, wie es sich beim Grundeinkommen mit Leistung und Gegenleistung zwischen Gebern und Nehmern, Grundeinkommensempfängern und Finanziers verhält. Thematisiert wird in diesem Kontext auch, wie sich Arbeitsmotivation und -verhalten unter den Bedingungen des Grundeinkommens verändern und welche Folge dies für die Volkswirtschaft haben könnte.

Ein ausgiebiger Diskursstrang befasst sich mit der Finanzierung des Grundeinkommens.

In einer güterwirtschaftlichen Position, die die stoffliche Dimension des gesellschaftlichen Reichtums akzentuiert, wird betont, dass der gesellschaftliche Reichtum bereits produziert und in weit mehr als hinlänglicher Form vorhanden sei, um das Grundeinkommen zu finanzieren. Es handle sich „nur“ um eine Verteilungsfrage respektive um eine Neuorganisation der Geldströme, die die Güterströme abbilden. In einer finanzwirtschaftlichen Position wird auf die Umwandlung bestehender sozialer Sicherungssysteme (insbesondere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung), auf die Finanzierung durch Unternehmen und Banken sowie durch Steuerfinanzierung abgehoben. Bei der Steuerfinanzierung wird einerseits eine höhere Besteuerung aller nicht leistungsadäquaten Einkünfte, wie Zinsen, Spekulationsgewinne, Mieten, Pachten in Erwägung gezogen, andererseits - entsprechend des Modells von Götz Werner - eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, bei gleichzeitigem Abbau von Lohn- und Einkommenssteuer. Die Absicht, auch die Steuern auf nichtselbständige Arbeit zu erhöhen, wurde in den untersuchten Passagen nicht identifiziert.

Obwohl die Begründungen von unterschiedlichen ideologischen Positionen aus vorgetragen werden, weisen sie - wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - im Großen und Ganzen in eine Richtung. Sie erscheinen sachlich und logisch in höherem Maße kompatibel als die Einwände der Kritiker. Auch sie kommen aus verschiedenen ideologischen Richtungen, sind aber widersprüchlicher, da sie sowohl von generellen Kritikern als auch von den jeweiligen Kritikern einzelner Modelle vorgetragen werden. Bis auf vereinzelte Passagen, die die Existenz von Armut und Verelendung in Deutschland bezweifeln und vor einer Verteufelung der Reichen und des Reichtums warnen, wird die Ausgangsanalyse und die ausgiebige Problembeschreibung, mit der das Grundeinkommen begründet wird und die überwiegend sozialkritisch ausfällt, zumindest nicht explizit oder in größerem Umfang bestritten.

Aber das Instrument Grundeinkommen wird von den generellen Kritikern als unsozial und ungerecht zurückgewiesen, von linken Befürwortern nur dann, wenn das BGE an alle ausgeschüttet wird, also auch an diejenigen, die es nicht benötigen. Die undifferenzierte Ausschüttung des gleichen Betrags bei unterschiedlichen Bedürfnissen wird als Fremdbestimmung und Gleichmacherei moniert. Das

Grundeinkommen wird mit Attributen wie *unpräzise, nebulös, phantastisch, illusionär, utopisch, unrealisierbar, einkommenspolitisches Perpetuum mobile* und als Ausfluss kommunistischer und sozialistischer Ideologie belegt. Es wird als *verteilungspolitisch unwirksam* und als *Irreführung* kritisiert. Als eigentlicher Zweck insbesondere des Modells von Götz Werner, aber auch des Modells von Althaus werden einerseits die Förderung von Dumpinglöhnen respektive eine Lohnsubventionierung angenommen. Andererseits handele es sich nur um ein Konsumförderprogramm respektive – bei Mehrwertsteuerfinanzierung - um ein Exportförderprogramm, weil im Ausland die deutsche Mehrwertsteuer nicht fällig wird.

Befürchtet werden die Einwanderung wenig qualifizierter Ausländer in das Sozialsystem, negative Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wegen Veränderung der Arbeitsmotivation, Inflation wegen Steigerung der Preise für Konsumgüter in Folge einer Nachfragesteigerung und eine Zunahme der Schwarzarbeit, weil das Grundeinkommen so einfacher aufgebessert werden kann. Die Verbesserung der Position der Arbeitnehmer wird nicht bestritten, aber als Basis für die Erpressung höherer Löhne kritisiert. Die Kontrolle der Schwarzarbeit und des nicht-monetären Tausches von Gütern zur Umgehung der Mehrwertsteuer (im Götz-Werner-Modell) führe zu neuer Bürokratisierung, die Entbürokratisierung im Sozialsystem wiederum zu arbeitslosen Behördenmitarbeitern. Neue Abhängigkeiten werden konstatiert, die unmittelbare Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt werde durch die unmittelbare Abhängigkeit vom Staat ersetzt und eine mittelbare Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt bleibt bestehen.

„Linkes“ Kritikmuster

Das BGE verändert die Machtfrage nicht grundsätzlich. Es tauscht lediglich die Institution aus, die Macht über einen hat.

„Liberales“ Kritikmuster

Das leistungslose Grundeinkommen ist und bleibt ein kommunistischer Wahnsinn, der nie Realität wird.

Ein zentraler Diskursstrang der Kritiker ist das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, weshalb sich bei ihnen die Formel vom „leistungslosen“ Grundeinkommen eingebürgert hat. Der Grundrechtsanspruch wird bestritten und der Empfang einer Sozialleistung ohne Gegenleistung als ungleich qualifiziert. Es werde immer nur die Seite der nehmenden Empfänger in den Blick genommen, die Perspektive der gebenden Finanziers des Grundeinkommens dagegen ausgeblendet und ignoriert. Die Gegenfrage der Kritiker an die Befürworter lautet: Wer will noch arbeiten, wenn er damit ein leistungsloses Einkommen anderer finanzieren soll? Im Kontext von Leistung und Gegenleistung wird gegen die Grundeinkommensbefürworter respektive die potentiellen Empfänger in teilweise drastischer Weise der Sozialschmarotzervorwurf erhoben.

Die Finanzierung respektive Finanzierbarkeit ist auch auf Kritikerseite ein zentraler Diskursstrang. Wegen der Höhe der insgesamt aufzubringenden Finanzmittel gilt das Grundeinkommen als unfinanzierbar. Bei einer Finanzierung durch Umwidmung der Sozialbeiträge wird befürchtet, dass die Unternehmer entlastet und nur die Gewinne erhöht werden. Mehr noch als die Unfinanzierbarkeit wird aber die angebliche Finanzierbarkeit des Grundeinkommens durch die Mehrwertsteuer angegriffen, wie sie Götz Werner vorschlägt. Die oberen Einkommensschichten werden durch die Mehrwertsteuererhöhung bei gleichzeitiger Reduktion der Einkommenssteuer entlastet, da ihr Konsumanteil im Vergleich zu den unteren Einkommensschichten niedriger ist. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer trifft

insbesondere diejenigen, die wie die Grundeinkommensempfänger ihr gesamtes Einkommen für Konsum aufbrauchen. Die Steuerkonzeption bewirkt eine Umverteilung von Unten nach Oben und zugunsten der Geldvermögen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer müsse entweder durch ein höheres Grundeinkommen kompensiert werden, was wieder eine höhere Mehrwertsteuer nach sich ziehen müsse. Oder sie führt zu einer unüberübersichtlichen Spaltung des Mehrwertsteuersystems, um die unteren Einkommensgruppen zu entlasten. Die Spirale könne wegen der Gefahr inflationärer Folgen auch nicht durch eine Erhöhung der Geldmenge durchbrochen werden. Und wenn der Konsum in Deutschland verteuert wird, wächst der Anreiz, zu Lasten des Binnenmarktes im Ausland zu konsumieren.